Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonn- und Feiertags.

Wöchentlich 7 Ausgaben
mit einer täglichen Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Werktäglich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 R.-Pfg., für einen Monat R.-M. 1.70, ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen 20 R.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 R.-Pfg., örtliche Reklamen R.-M. 1.—, auswärtige Reklamen R.-M. 1.50 für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden. Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus. Postscheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 104. Samstag, 16. April 1932. 80. Jahrgang.

Auftakt in Genf.

Die Aufgaben des Kanzlers. — Zehn Jahre Rapallo. — Stimson in Paris.

Eine Mahnung an die Großmächte.

as. **Berlin**, 16. April. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern sehr bald nach seinem Eintreffen in Genf sich zu Pressevertretern über die Bedeutung seines Genfer Aufenthaltes geäußert. Der Kanzler erklärte, daß er den Zweck seiner Genfer Reise nicht so sehr in einem Eingreifen in die öffentlichen Debatten der Abrüstungskonferenz erblicke, als vielmehr in dem Gedankenaustausch mit den Staatsmännern, die in Genf über die großen Fragen verhandeln, welche nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt entscheidend sind. Zunächst dürfte allerdings der heutige Tag noch keine wesentlichen Besprechungen bringen.

Vorgesehen ist für heute ein Frühstück bei der russischen Delegation aus Anlaß des Zehnjahrestages der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo, also jenes Vertrages, der noch heute die Unterlage der deutsch-russischen Beziehungen bildet.

Man wird im übrigen des Ostertages von Rapallo auch in Moskau gedenken, doch sind irgendwelche besonderen, über den üblichen Rahmen hinausgehende deutsch-russische Freundschaftsbekundungen kaum zu erwarten. Möglich wäre es, daß der Reichskanzler heute bereits eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister Stimson hat, der gestern abend von Paris nach Genf weitergereist ist. Außenminister Stimson hatte in der französischen Hauptstadt natürlich Besprechungen mit Tardieu, der sich offenbar bemühte, schon jetzt weitergehende Vereinbarungen mit dem amerikanischen Außenminister zu treffen. Das dürfte aber mißlungen sein, denn Stimson hat natürlich gar keinen Anlaß, sich im gegenwärtigen Augenblick schon irgendwie festzulegen.

Es verlautet denn auch mit Bestimmtheit, daß sich die Aussprache zwischen Tardieu und Stimson in ganz allgemeinen Formen gehalten hat.

Man habe über die Abrüstungsfrage gesprochen, natürlich auch die weltwirtschaftliche Situation und die internationalen Finanzfragen berührt, ohne daß aber das Reparations- und Kriegsschuldenproblem eingehender behandelt worden sei. Pressevertretern hat Stimson erklärt, er erwarte von der Abrüstungskonferenz ein „greifbares Ergebnis". Das dürfte durchaus zutreffen und man muß deshalb auch wohl diejenigen Meldungen, die davon sprechen, daß Amerika sich bei der Landabrüstung desinteressieren wolle, mit Vorsicht aufnehmen.

In Genf ist man vorerst allerdings bemüht, bei den Abrüstungsverhandlungen sehr vorsichtig vorzugehen und jeden Zusammenstoß zu verhindern.

Das haben erst gestern wieder die Beratungen des Büros der Abrüstungskonferenz gezeigt, als die Frage zur Debatte stand, wie der amerikanische Vorschlag, der die Einschränkung der schweren Waffen verlangt, weiter behandelt werden solle. Ursprünglich hatten die Amerikaner gefordert, daß dieser Antrag sofort erörtert werden müsse. Gestern entschied man sich aber dahin, den Vorschlag an derjenigen Stelle des Konferenzprogrammes zu behandeln, die nach dem von dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch vorgelegten Arbeitsprogramm für derartige Anträge vorgesehen ist. Die Amerikaner verzichteten auf jeden ernsthaften Widerstand und ließen es nicht einmal zu einer Abstimmung kommen, sodaß es den Franzosen und ihren Hilfstruppen verhältnismäßig leicht gelang, die amerikanischen Vorschläge zunächst aus der Sonderstellung herauszudrücken, die ihnen der amerikanische Vertreter ursprünglich hatte sichern wollen.

Es zeigte sich, daß die Amerikaner vor dem Eintreffen Stimsons einen größeren Vorstoß jedenfalls nicht beabsichtigen.

Mithin wird für die Abrüstungskonferenz sehr viel von den Verhandlungen hinter den Kulissen abhängen. Das gleiche gilt allerdings auch für das Donauproblem, denn auch hier kann man nicht weiter kommen, bevor nicht Klarheit zwischen den Großmächten geschaffen ist. Das hat mit aller Deutlichkeit gestern der griechische Ministerpräsident Venizelos in der Ratssitzung ausgesprochen, als er kurz und bündig erklärte, wenn die Großmächte sich nicht untereinander verständigen können, und nicht bald dazu kommen, den Frieden der Welt endlich einmal zu stabilisieren, dann wird unser aller Ende sehr düster sein. Das ist eine durchaus zeitgemäße Mahnung für die Besprechungen der Staatsmänner und zugleich zeigt dieser Ausspruch auch, daß irgendwelche erfolgreichen Besprechungen über das Donauproblem erst nach der allgemeinen Unterredung der Staatsmänner erwartet werden können.

Die neue Phase der Abrüstungsverhandlungen

Dr. Brüning in Genf.

Genf, 15. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Reichskanzler Brüning ist am Freitagnachmittag 6 Uhr in Genf eingetroffen. Der Kanzler hatte in Lausanne den Zug verlassen, um sich nach einem kurzen Aufenthalt in Vernoiz am Genfer See im Kraftwagen nach Genf zu begeben.

Die Genfer Reise des Reichskanzlers dient nicht nur der Verfolgung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz, sondern auch dem Gedankenaustausch mit den führenden Staatsmännern der Großmächte, die in der kommenden Woche in Genf anwesend sein werden. Morgen trifft der amerikanische Staatssekretär Stimson hier ein. Bis Montag werden auch Simon, Tardieu und Grandi nach Genf zurückgekehrt sein. Der Reichskanzler wird mit den genannten Persönlichkeiten eine Reihe von Besprechungen haben, um die schwebenden großen politischen Fragen, die sich von Woche zu Woche enger verknüpfen, zu erörtern. Die gleichzeitige Anwesenheit der an diesen Fragen großes Interesse nehmenden ausländischen Staatsmänner läßt den Zeitpunkt der Kanzlerreise als besonders gut gewählt erscheinen. Nachdem der Kampf um die Reichspräsidentenwahl, in den der Kanzler auch aus außenpolitischen Gründen einzugreifen für seine Pflicht gehalten hat, abgeschlossen und damit die Kontinuität der Reichspolitik auch auf internationalem Gebiete gesichert ist, stehen die für die deutschen Interessen so lebenswichtigen Genfer Verhandlungen des Reichskanzlers unter ganz anderen Auspizien, als es mitten in dem Wahlkampfe der Fall gewesen wäre.

Die öffentliche Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen werden Montagvormittag im Allgemeinen Ausschuß der Konferenz erfolgen. Das Bureau der Konferenz ist am Freitagnachmittag dahin übereingekommen, den amerikanischen Vorschlag auf Abschaffung der Angriffswaffen unter den Punkt 3 der von Benesch aufgestellten Tagesordnung einzureihen, die schon die anderen auf Abschaffung der Angriffswaffen gestellten Anträge, besonders die italienischen Vorschläge umfaßt.

Der Konferenz sind eine Reihe weiterer Vorschläge eingereicht worden. Darunter ist besonders bemerkenswert ein Vorschlag der holländischen Delegation, der die Erfassung und Herabsetzung der ausgebildeten Reserven und dementsprechend auch eine Herabsetzung des gelagerten Landrüstungsmaterials verlangt.

Stimson und Kellogg in Paris.

Politische Besprechungen mit den Franzosen.

Paris, 15. April. (Drahtmeldung unseres Pariser Vertreters.) Der amerikanische Staatssekretär Stimson traf in Begleitung des amerikanischen Delegierten auf der Lausanner Konferenz, Norman Davis, in der vergangenen Nacht an Bord der „Ile de France" im Hafen von Le Havre ein. In aller Frühe fand im Salon des Schiffes ein Empfang statt, bei dem Stimson und der gleichzeitig angekommene ehemalige Staatssekretär Kellogg, von dem Bürgermeister der Stadt Le Havre, dem Abgeordneten Meyer und dem amerikanischen Botschafter Walter Edge willkommen geheißen wurden. In einer kurzen Danksagung erklärte Stimson, die Abrüstung werde auf die Wirtschaftskrise einen günstigen Einfluß ausüben.

Im Schnellzug Le Havre—Paris wurden die französischen Journalisten von Kellogg und Stimson empfangen. Kellogg erklärte, der Pariser Nichtangriffspakt sei eine große Sache. Es wäre ein großer Irrtum und sehr gefährlich, wenn man diesen Pakt durch militärische, wirtschaftliche oder finanzielle Sanktionen ergänzen würde. Denn keine Sanktion werde jemals den Krieg verhindern. Er habe Vertrauen in die Zukunft. Die Abrüstungskonferenz müsse positive Ergebnisse zeitigen.

Auf dem Pariser Bahnhof St. Lazare wurden die beiden amerikanischen Staatsmänner von Ministerpräsidenten Tardieu und Arbeitsminister Laval in Empfang genommen

Staatssekretär Stimson begab sich nach einem kurzen Aufenthalt in der amerikanischen Botschaft zum Quai d'Orsay, wo Ministerpräsident Tardieu ihm ein Frühstück gab. An das Frühstück schloß sich eine Aussprache zwischen Tardieu und Stimson, über deren Inhalt bisher keine Mitteilung gemacht wurde, die sich jedoch nach allgemeiner Ansicht nicht nur auf die Abrüstungskonferenz, sondern auf alle schwebenden Probleme, also die Reparations- und Schuldenfrage, die Wirtschaftspolitik, die Aufrechterhaltung des Goldstandards usw. bezogen haben dürfte. Stimson ist spät abends nach Genf weitergereist.

Stresemanns Vermächtnis.

Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen und Urkunden des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann hat einer seiner vertrautesten Mitarbeiter, Konsul Bernhard, ein umfangreiches Werk gestaltet, dessen erster Band soeben im Verlage Ullstein, Berlin, erschienen ist. Im wesentlichen behandelt dieser Abschnitt die kurze Kanzlerschaft und dann das erste Wirken des Außenministers bis zu den Vorbereitungen für Locarno. Eine längere Einleitung gestattet späteren Lesern, die nicht die Ereignisse des Ruhreinbruches mit erlebten, die Stresemann nicht sprechen hörten, sich ein Bild von seiner politischen und menschlichen Persönlichkeit zu machen. Wer ihn kannte, weiß, daß er im tiefsten Grunde immer Student geblieben ist, und wenn bei seinem Begräbnis auf seinen ausdrücklichen Wunsch das schöne alte „Am Brunnen vor dem Tore" gespielt werden mußte, so ist das erst recht charakteristisch. Es ist schade darum, daß sich dieser Mann in einem verzweifelten Kampf aufzehren mußte, während er in glücklichen Tagen vermutlich weit bahnbrechender hätte sein können. So aber fiel ihm die Aufgabe zu, im wesentlichen den Krieg zu liquidieren und eine neue Zeit einzuleiten, in die er nur wie Moses in das gelobte Land aus weiter Ferne sah. Wenn wir heute wieder in erbittertem Ringen stehen, um internationale Fragen in deutschem Sinne zu lösen und mit den heftigsten Widerständen zu kämpfen haben, so gewähren doch diese Aufzeichnungen einen gewissen Trost. Leichter hat er es bestimmt nicht gehabt, im Gegenteil: Die Kriegspsychose wirkte noch in ungeschwächter Unmittelbarkeit nach. Erschwerend kam hinzu, daß seine Stellung während des Völkerringens ihn im In- und Auslande in den Ruf des Nationalisten gebracht hat, der er nicht war. Und noch eines erfahren wir. Gustav Stresemann war bereits ein schwer kranker Mann, als er dem Ruf aller Parteien folgte, um den Ruhrkampf abzubrechen. Der Brief eines Arztes aus jenen Tagen spricht von seinem Nierenleiden und warnt vor allem vor Überraschungen, die die Schilddrüse bereiten könnte.

Es ist der deutsche Dornenweg, den man in diesem Buche noch einmal mitgeht Viel ist in Vergessenheit geraten. Wer erinnert sich denn noch der inneren Wirren, die damals dem Kabinett das Dasein so sauer machten, an die halbkommunistische Regierung in Sachsen, an den Radikalismus in Thüringen, an die nationalsozialistischen Strömungen in Bayern. Stresemann gründete am 13. August 1923 seine erste kurzlebige Regierung. Der Versuch, die große Koalition nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten, scheiterte sehr rasch. Man kann den Sozialdemokraten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich allzu ängstlich an Dogmen klammerten. Jedes Durchgreifen zur Wahrung der Staatsautorität verursachte ihnen schwerste Bedenken. Auf der anderen Seite fallen eigenartige Streiflichter auf das Verhalten unserer Schwerindustriellen. Für die bestand das Vaterland in ihren Unternehmungen. Nicht etwa aus mangelnder nationaler Gesinnung. Dieser Vorwurf wäre unberechtigt. Aber sie sahen niemals über ihre Bürotische hinweg. Man braucht nur die Unterhaltungen oder den Briefwechsel mit Vögler und Stinnes nachzulesen. Wie hat sich namentlich der Letztere gegen jede Stabilisierung der Mark gewandt, weil er damit den Untergang der Industrie besiegelt wähnte. In Wirklichkeit ist die eigentliche Konjunktur erst nach der Einführung der Goldmark herangebrochen, während die Scheinblüte der Inflation auf Kosten der Substanz ging.

Und noch eines muß besonders hervorgehoben werden: die größten Schwierigkeiten hatte Stresemann in der eigenen Partei. Nicht nur mit den Industriellen, sondern auch mit vielen Abgeordneten, die entweder wie Quaatz und Marezky zu den Deutschnationalen hinübergewechselt oder mit Kemnitz und Lersner, die von Stresemann bei der nächsten Wahl ziemlich gewaltsam ausgebootet wurden. Heftige Anklagen werden laut. Wir erfahren bei dieser Gelegenheit, daß zum Beispiel Freiherr v. Lersner bei Ebert war, um Stresemanns Stellung zu untergraben. Und nichts erschüttert so, wie ein Wort des ersten Reichspräsidenten, der seinem Unwillen über diese Kreise schärfsten Ausdruck verlieh. Übrigens hielt er auch seinen Parteifreunden den Spiegel vor, als er nach dem Regierungssturz sagte: „Was euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dummheit werdet ihr noch zehn Jahre lang spüren."

Obwohl im ersten Bande die innenpolitischen Auseinandersetzungen einen breiten Raum einnehmen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß nach zwei Regierungsbildungen Stresemanns Marx Kanzler wurde, während er nun den Posten des Außenministers übernahm, auf dem er eine ähnliche internationale Rolle spielte wie jenseits der Vogesen Aristide Briand. Hier fand er seine historische Stelle. Man liest heute mit größter Spannung die einzelnen Aufzeichnungen nach, die zum

größten Teile in ihren Umrissen bekannt waren, aber durch kleine Züge wesentlich ergänzt werden. Im Grunde genommen ist die Zeit ausgefüllt durch den Kampf zwischen Stresemann und Poincaré. Nach der Konferenz von Cannes, auf der Briand einiges Entgegenkommen zeigte, griff der „große Lothringer" wieder nach dem Staatsruder. Der Ruhreinbruch war die Folge. Charakteristisch treten die einzelnen Gestalten vor uns. Wir sehen Lord d'Abernon am Werk, immer bemüht, England als Vermittler einzuschalten, obwohl er dabei nicht von vornherein auf ein genügendes Verständnis in London stieß. Die Fehler Cunos und Rosenbergs, seines Außenministers, die ziemlich hilflos in der Wilhelmstraße saßen, mußten erst beseitigt werden, ehe man an die Neuordnung der Dinge herantrat. England beging den schweren Fehler, nicht rechtzeitig sein Schwergewicht in die Waagschale zu werfen. So kam es, daß Deutschland finanziell zusammenbrach und sich zu einer verschleierten Kapitulation verstehen mußte. Monate hindurch wurde im wesentlichen über die Formulierung verhandelt. Die Frage, ob Berlin zuerst die Befehle für den Abwehrkampf widerrufen oder Frankreich und Belgien zuerst die politischen Gefangenen freilassen sollten, hat Wochen kostbarer Zeit gekostet. Vielleicht hätten sich die Dinge überhaupt nicht regeln lassen, wenn in Frankreich nicht Neuwahlen dem Amoklaufen Poincarés ein Ende bereitet hätten. Mit Herriot kam auch ein neuer Geist an die Gewalt. Gewalt ist eigentlich übertrieben. Es bestätigt sich durch diesen Band das Urteil, das wir über den Bürgermeister von Lyon schon früher fällten. Er war guten Willens, aber von einer Zaghaftigkeit, die im schroffsten Gegensatz zu seinen großen Worten stand. Dieser Mann, der den Deutschen gegenüber, auch noch in London wiederholte er: „Muten Sie mir nicht zuviel zu, meine Position ist schwach", ist bestimmt auch in der Zukunft keiner der großen Führer, selbst wenn er noch einmal an den Quai d'Orsay kommen sollte.

Den eigentlichen Inhalt des Buches bildet die Londoner Konferenz mit ihren Folgen. Es war die erste Begegnung, auf der eine gewisse Gleichberechtigung herrschte. Auch hier ist es ganz nützlich, die Erinnerungen aufzufrischen. Bis zum letzten Augenblick blieb zweifelhaft, ob überhaupt eine Aussprache in größerem Kreise möglich wäre. Stresemann hat wiederholt auftrumpfen müssen, ehe es gelang, die Einladung an Deutschland durchzusetzen. Er lehnte es ab, wie Wirth und Rathenau in Genua am Katzentisch Platz zu nehmen. Darüber ist wochenlang diplomatisch verhandelt worden. Das Ergebnis war ja auch ein Kompromiß. Zunächst mußte die Entente einig sein, ehe Marx, Stresemann und Luther hinzugezogen wurden. Dann folgten die Auseinandersetzungen, bei denen man sich tatsächlich auseinandersetzte. Die Verdienste Macdonalds, aber auch Mussolinis, haben schließlich die Verständigung herbeigeführt. Allerdings hat es auf den britischen Kabinettschef, der jetzt wieder dieses Amt versieht, manches Druckes bedurft. Des stärksten kurz vor dem Abschluß, als Luther bereits ein Flugzeug gemietet hatte, um daheim Bericht zu erstatten. Da wurde man in London rebellisch. Es gelang, namentlich Herriot zu neuen Zugeständnissen zu bewegen. Er wollte die Ruhr frühestens nach einem Jahr räumen, wobei er immer versicherte, er würde bei günstiger Gelegenheit aus freien Stücken schon vorzeitig beginnen. Da das nicht genügte, fuhr er schließlich nach Paris, um dort im Kabinettsrat neue Vollmachten zu holen. In Wirklichkeit, um seine Stellung zu festigen, die inzwischen schon wieder unterminiert war. Es ist kein erfreuliches Kapitel für Persönlichkeitskultus. Die Großen dieser Erde schrumpfen zwergenhaft zusammen.

Den Abschluß bildet der Übergang zu Locarno, das schon in den zweiten Band gehört. Auch hier liest man viel Unerfreuliches, namentlich über die Haltung der Deutschnationalen, die ihre bessere Einsicht stets parteiagitatorischen Erwägungen unterordneten. Schließlich kamen sie auf den Ausweg, 50 Abgeordnete abzukommandieren, um den Dawesplan parlamentarisch durchzuschleusen. Auch der Prozeß Ebert, der so viel böses Blut gemacht hat, wird behandelt. Ein trüber Abschnitt deutscher Geschichte, der jedoch beweist, daß staatsmännisches Wollen und Opferfreudigkeit auch die Lösung fast unlösbar erscheinender Aufgaben möglich machten. Dieser Band ist für Stresemann ein Denkmal. Ist es umsomehr, als ja der Erfolg auf seiner Seite war. Für den Ausgang seiner Amtszeit legt das allerdings noch nicht das Urteil fest.

Die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg.

Eine Rede Dr. Dietrichs in Halle.

Halle, 15. April. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach heute hier in einer Versammlung der Deutschen Staatspartei zu den preußischen Landtagswahlen. Total falsch sei es, führte der Minister aus, als ob die Schwierigkeiten, in denen Preußen stecke, lediglich den Parteien der Weimarer Koalition und den gegenwärtigen Machthabern in Preußen zuzuschreiben seien. Die Schuld für die Schwierigkeiten Preußens liege in den Fehlern der Vorkriegspolitik, die den Weltkrieg nicht zu vermeiden vermochte. Zum Schuldenproblem sagte der Minister, alle Welt wisse, daß Deutschland nicht weiter zahlen könne. Voraussetzung für den Wiederaufstieg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten seien zunächst eine internationale Beruhigung, die nur von der Ordnung der internationalen Verschuldung herkommen könne, die Wiederherstellung des internationalen Kreditgebäudes und die Belebung des Außenhandels. Die Reichsregierung könne den Gang der Wirtschaft beeinflußen einmal dadurch, daß sie Arbeit beschafft, zum anderen, daß sie auf alle Fälle die Finanzen des Reiches in Ordnung halte. Das Schicksal Deutschlands hänge davon ab, ob die positiven und staatstreuen Elemente sich behaupten, oder ob sie abgelöst würden von denjenigen, die alles, was notdürftig wieder aufgebaut ist, zusammenhauen.

Illegale Fortführung der S.A. und S.S.?

Neue Enthüllungen der hessischen Regierung.

Bespitzelung des preußischen Polizeifunks.

Darmstadt, 15. April. Eine amtliche Mitteilung der hessischen Regierung besagt, daß bei einer ersten Durchsicht des Materials, das im Zusammenhang mit den Haussuchungen bei den SA.- und SS.-Führern beschlagnahmt wurde, sich auch einige Dokumente fanden, die auch für sich allein und unabhängig von dem umfangreichen sonstigen beschlagnahmten Material bewiesen, wie notwendig und berechtigt das Verbot der SA.- und SS.-Formationen gewesen sei. In Hessen ist der amtlichen Mitteilung zufolge komplettes Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß die Fortführung der SA. und SS. in illegaler Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei ist ein großes Paket Geheimmaterial der hessischen SS.-Führung in die Hände gefallen, in dem sich über ganz Hessen verteilte zahlreiche Geheimadressen und Angaben darüber befinden, wie die SA. in den einzelnen Orten Hessens als Gesangvereine, Kegelklubs, Skatklubs und Box- und Sportvereine weiter zu existieren gedenken.

Ferner wird in der amtlichen Mitteilung ein Dokument aufgeführt, das als außerordentlich aufschlußreich für die systematische Bespitzelung und für die Verleitung zum Verrat von Dienstgeheimnissen von hohen und höchsten Amtsstellen sowie der Polizei durch die SA.- und SS.-Funktionäre gelten können. Es ist ein Brief des Reichstagsabgeordneten Weitzel, in dem er den SS.-Führern den Wortlaut wichtiger preußischer Polizeifunksprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt werden, im Wortlaut übertragen, mitteilt. Der Brief gibt die Abschrift eines Telegramms des preußischen Innenministers zur Kenntnis.

Zum Schluß wird in der amtlichen Mitteilung hervorgehoben, daß die meisten der bei den höheren Führern beschlagnahmten ledernen Aktentaschen eine scharf geladene Pistole enthielten.

Der Rechtskampf gegen die Auflösung der SA.

Eine Erklärung der NSDAP.

Berlin, 15. April. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Adolf Hitler hat Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune (Hannover) beauftragt, mit allen Mitteln den Rechtskampf gegen die Notverordnung über die Auflösung der SA. und SS. aufzunehmen. Dr. Luetgebrune hat bereits alle erforderlichen Schritte zur Feststellung der Rechtsungültigkeit der Auflösungsverordnung unternommen. Da die Verordnung in wesentlichen Punkten Grundrechte der Reichsverfassung verletzt, wird es Sache des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich sein, über die Gültigkeit der Verordnung zu befinden. Daneben werden wegen der vielfach erfolgten Eingriffe in Privatrechte durch Beschlagnahme von Sachen, Schließung von Gebäulichkeiten und dergleichen Zivilansprüche geltend gemacht werden, sodaß die Zivilgerichte zu der Frage der Ungültigkeit der Verordnung ebenfalls Stellung nehmen müssen. Schließlich werden unter Umständen Verstöße gegen die Strafbestimmungen der Verordnung Anlaß geben, daß auch die Strafgerichte sich zu der Frage der Ungültigkeit und Rechtsunwirksamkeit der Verordnung aussprechen müssen. Auf Anordnung des Führers der Partei, Adolf Hitler, soll in dieser Weise mit aller Entschiedenheit der Rechtskampf gegen die letzte Notverordnung durchgeführt werden.

Um die Legalität der Nationalsozialisten.

Ein Brief Groeners an Rechtsanwalt Frank II.

München, 15. April. Im „Völkischen Beobachter" wird ein Brief des Reichsministers Groener vom 11. April an Rechtsanwalt Dr. Frank II.-München veröffentlicht, in dem es heißt: „Ihrem Wunsche entsprechend sende ich Ihnen die Mappe mit den Legalitätserklärungen von Führern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Sie mir mit Herrn Hauptmann a. D. Goering zusammen übergeben hatten, ergebenst zurück. Ich glaube, daß es all diesen Herren mit ihrem Willen zur Legalität durchaus ernst ist. Aber dieser Wille und diese Erklärungen allein genügen nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreit, die ihrem Wesen nach illegal sind. Es ist auf die Dauer ein mit der Staatsautorität nicht zu vereinbarender Zustand, daß die Partei eine militärisch organisierte Sonderarmee unterhält, deren Führer, meist alte Offiziere, gerade in dem Bestreben, militärisch weiter zu arbeiten und Besonderes zu leisten, diese notwendigerweise mit der Führung und den Machtmitteln des Staats in Konflikt bringen müssen. Eine solche Organisation wird eines Tages die Partei in die Illegalität reißen. Die Legalität der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird daher erst dann als eine wirkliche und uneingeschränkte betrachtet werden dürfen, wenn sie von allen derartigen Belastungen befreit ist."

In einem offenen Brief im „Völkischen Beobachter" nimmt Rechtsanwalt Frank II. zu diesem Schreiben des Reichsinnenministers Stellung und versucht, auch die Auflösung des Reichsbanners und die Aufhebung des preußischen Verbotes der Zugehörigkeit öffentlicher Beamter zur NSDAP. als naturnotwendige Folge des Verbotes der SA. und SS. darzutun.

Bereitschaftsabbau des Reichsbanners.

Ein Rundschreiben der Bundesleitung.

Berlin, 15. April. Unmittelbar nach Veröffentlichung der Verordnung über die Auflösung der SA. ist, wie von der Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mitgeteilt wird, an alle Gauvorstände des Reichsbanners ein Rundschreiben der Bundesleitung ergangen. In diesem wird unter Hinweis auf die Auflösung der nationalsozialistischen SA.- und SS.-Formationen erklärt, daß nunmehr für das Reichsbanner die Notwendigkeit fortfalle, weiter im Bereitschaftszustand zu bleiben. Die Bundesleitung ordne demgemäß an: Im ganzen Reichsgebiet sind alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen aufzuheben. Die besonderen Funktionen, die der Schufo und den Sonderformationen übertragen wurden, hören auf. Das ganze Auftreten des Reichsbanners müsse, heißt es dann weiter, unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß dieses sich dem Staatswillen einordne, die Staatsautorität stärke und stütze. Es komme darauf an, bis in die Reihen der Gegner die Überzeugung zu tragen, daß das Reichsbanner niemals Staat im Staate sein wollte und sein will, daß es nie daran gedacht habe und nicht daran denke, gegen Recht und Verfassung seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Mit der Wahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg sei ein Sieg für Verfassung und Demokratie erstritten. Das Reichsbanner setze nunmehr seine ganze organisatorische und propagandistische Kraft ein für die eine große Aufgabe dieser Zeit: der Reichsregierung und allen, die guten Willens sind, zu helfen, die furchtbare Wirtschaftsnot zu überwinden.

Kein Verbot des Stahlhelms beabsichtigt gewesen.

Das Reichsinnenministerium gegen Hugenberg.

Berlin, 15. April. Zu der Erklärung Dr. Hugenbergs über das Verbot der SA., in der davon gesprochen wird, daß auch Anzeichen für eine Auflösung des Stahlhelms bestanden hätten, wird vom Reichsinnenministerium erklärt, daß eine Auflösung des Stahlhelms in keinem Augenblick geplant gewesen sei.

Die Finanzhilfe für die Donaustaaten.

Die besonderen Verhältnisse Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands.

Erörterung der Berichte im Völkerbundsrat.

Genf, 15. April. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute vormittag mit den Feststellungen des Berichts des Finanzkomitees über die besonderen finanziellen Verhältnisse Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands.

Der Berichterstatter, der norwegische Außenminister Braadland, unterstrich die Notwendigkeit einer raschen Regelung der Kreditbeschaffung und schlug vor, daß der Völkerbundsrat die Ausführungen des Finanzkomitees über die von Österreich zu treffenden inneren Maßnahmen zur Besserung der finanziellen Lage zur Kenntnis nehmen und die Hoffnung aussprechen solle, daß in Österreich alle Anstrengungen unternommen werden, um das Budgetgleichgewicht aufrechtzuerhalten und zu einer wirksamen Lösung der gegenwärtigen Bankprobleme zu gelangen.

Der österreichische Delegierte, Gesandter Pflügel, schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters an, wobei er die Dringlichkeit wirksamer Hilfsmaßnahmen besonders betonte. Er erklärte, die österreichische Regierung werde mit ihren beschränkten Aktionsmitteln ihre Bemühungen um die Besserung der Lage fortsetzen und sei nicht ohne Hoffnung auf die Verhandlungen zwischen den Großmächten über eine wirksame Hilfe für die notleidenden Donauländer. Praktische Maßnahmen dürften nicht länger aufgeschoben werden. In der Frage der Eisenbahnen sei die österreichische Regierung damit einverstanden, daß diese keine neuen Verpflichtungen übernehmen und daß das Eisenbahndefizit ohne Belastung des Staatshaushalts gedeckt werden soll. Der österreichische Vertreter erwähnte den Schritt des Bundeskanzlers vom 16. Februar und betonte, daß mit Rücksicht auf die Verzögerung praktischer Folgerungen aus diesem Schritt die Regierung jetzt genötigt sei, die vorgesehenen Einfuhrbeschränkungen in die Wege zu leiten.

Hierauf wurde der Bericht, der lediglich eine Registrierung der inneren Maßnahmen der Regierung darstellt, ohne weitere Aussprache angenommen und der Völkerbundsrat wandte sich der ungarischen Frage zu.

Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen nahm der Völkerbundsrat den Bericht des Finanzkomitees über Ungarn an, in dem gefordert wird, daß Ungarn vor allem das Gleichgewicht im Budget der öffentlichen Unternehmungen herstellen soll. Der Völkerbundsrat stimmte dem Finanzkomitee zu, da im Augenblick konkrete Vorschläge für die Lösung der Schwierigkeiten, die Ungarn mit seinen Auslandsgläubigern hat, nicht gemacht werden können, und erklärte sich damit einverstanden, daß später der ungarischen Regierung für die Regelung dieser Fragen die Unterstützung des Völkerbundes zuteil werde.

Auch dem Bericht über Bulgarien stimmte der Rat zu. Der Transfer der bulgarischen Auslandsschuld wird für ein halbes Jahr um die Hälfte ermäßigt. Die Reparationszahlungen werden vorläufig ausgesetzt.

Zu dem Bericht des Finanzkomitees über die Lage Griechenlands erklärte Venizelos, er sei mit der Diagnose, aber nicht mit den Vorschlägen einverstanden. Griechenland verlange eine Anleihe von 15 Millionen Dollar, zahlbar im Laufe von vier Jahren, zur Durchführung der großen Arbeiten im Wardar- und Strumatal. Außer der Einstellung des Tilgungsdienstes der auswärtigen Schuld auf fünf Jahre sei angesichts des starken Devisenabrufs aus der Nationalbank ein Transferschutz notwendig. Die Zahlung der Anleihekupons werde am 1. Mai nur auf Sperrkontrolle bei der Nationalbank erfolgen können.

Der Vertreter des Finanzkomitees bemerkte zu diesen Erklärungen, das Komitee müsse der griechischen Regierung die Verantwortung für den angekündigten ernsten Schritt der Nichtzahlung der Anleihekupons überlassen. Es sei besonders für den Fall eines Umschwungs der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht unbedenklich, den Kredit Griechenlands durch derartige Staatsbankrottmaßnahmen zu schädigen.

Hierauf wurde eine Entschließung angenommen, in der der Völkerbundsrat hinsichtlich der angekündigten Einstellung der Kuponzahlung die griechische Regierung auf den Weg von Verhandlungen mit den Anleiheinhabern verweist, sich jedoch mit der vorläufigen Einstellung des Tilgungsdienstes in Höhe von 300 Millionen Drachmen jährlich einverstanden erklärt.

Kurze Umschau.

Von Berliner zuständiger Stelle wird die Meldung dementiert, wonach im Zusammenhang mit dem SA.-Verbot die Generale Schleicher und Hammerstein angeblich zurücktreten wollten.

•

Der Landtagspräsident hat auf Grund des nationalsozialistischen Antrags den Hessischen Landtag auf kommenden Dienstag einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die politische Lage in Hessen, insbesondere über das SA.-Verbot.

•

In Paris ist Senator Guy de Luversac im Alter von 54 Jahren gestorben. Er ist auch in Deutschland durch seine Verhandlungen mit Walter Rathenau in der Frage der Sachlieferungen und der Frage der Reparationslieferungen bekannt geworden.

•

Die Atlantikkonferenz in London, an der von deutscher Seite die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd vertreten sind, erklärt, man sei einstimmig übereingekommen, die Atlantikkonvention wiederherzustellen und damit die Frachtsätze auf Basis der kürzlich herabgesetzten Raten zu stabilisieren.

Verhandlungen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

Erfolgreiche Tätigkeit der Unterkommission II.

Berlin, 15. April. Der Unterausschuß II des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, der sich mit Verkehrsfragen zu beschäftigen hat, ist hier erneut zusammengetreten. Den Vorsitz führten Staatsminister a. D. Graf Roedern und Marquis de Vogué. Die vier in Paris seinerzeit eingesetzten Abteilungen für Eisenbahnwesen, Binnenschiffahrt, Seeschiffahrt und Luftfahrt, die in der Zwischenzeit wiederholt unter sich verhandelt hatten, erstatteten der Vollversammlung Bericht über ihre Tätigkeit. Dabei konnte festgestellt werden, daß die ständige Fühlungnahme zwischen den Vertretern der Verkehrszweige der beiden Länder sehr wertvoll ist und daß zum Teil bereits greifbare Ergebnisse erzielt wurden. Im Eisenbahnwesen ist man in verschiedenen Tariffragen zu einer Einigung gelangt. Den internationalen Seeschiffahrtskonferenzen soll ein Programm vorgelegt werden, das der augenblicklichen Lage der Handelsschiffahrt Erleichterungen bringen könnte. Diese Vorschläge bilden einen der Verhandlungsgegenstände der zurzeit in London tagenden Nordatlantik-Konferenz. Auf dem Gebiete der Verkehrsluftfahrt ist die Zusammenarbeit in technischer und verkehrlicher Beziehung enger gestaltet worden. Für die Rheinschiffahrt wird eine Schleppkonvention vorbereitet.

Es wurde beschlossen, die Verhandlungen in der begonnenen Weise fortzusetzen, wobei nach wie vor besonderer Wert darauf gelegt werden soll, daß vor Abschluß endgültiger Vereinbarungen die Vertreter dritter beteiligter Länder zugezogen werden. Die Abteilungen werden ihre internen Besprechungen fortsetzen und der Unterkommission wiederum Bericht erstatten, sobald genügend Ergebnisse vorliegen.

Das Haager Urteil in drei Monaten.

Die Prozeßvertreter der Signatarmächte.

Haag, 14. April. In der Angelegenheit des beim Ständigen internationalen Gerichtshof anhängig gemachten Memelkonflikts haben England, Italien und Japan ihre Haager Gesandten zu vorläufigen Prozeßvertretern ernannt. Frankreich als vierte Signatarmacht hat den juristischen Ratgeber des Quai d'Orsay Professor Basdevant zum Prozeßvertreter ernannt.

Bei dringlicher Behandlung des ganzen Verfahrens kann damit gerechnet werden, daß die Entscheidung des Gerichtshofs frühestens in drei Monaten vorliegen wird.

Aus dem Stadtparlament.

Mitteilungen des Oberbürgermeisters über den Etat. — Die Fusion der Gaswerke Mainz — Wiesbaden beschlossen. — Keine Entlassung von nationalsozialistischen Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den städtischen Werken.

Eine Dauersitzung.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung, die beinahe fünf Stunden dauerte, teilte Oberbürgermeister **Krücke** mit, daß es der Verwaltung infolge der schwierigen Finanzlage sehr schwer falle, einen Etat aufzustellen. Er konnte dabei auf den Großteil der übrigen deutschen Städte verweisen, die ebenfalls mit ihren Etatsarbeiten sehr im Rückstand sind, da einerseits die Wohlfahrtslasten aus eigenen Mitteln nicht mehr gedeckt werden können, während andererseits die Steuereinnahmen ständig zurückgehen und nur ein sehr unklares Bild für die nächste Zeit erlauben. Die Städte sind deshalb an Staat und Reich herangetreten mit der Forderung, eine neue Regelung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung zu treffen, die den Gemeinden einen Etatsausgleich ermöglicht. Der Oberbürgermeister glaubt in dieser Hinsicht einen Schritt von Reichsseite für die nächste Zeit erwarten zu dürfen. Trotz der Schwierigkeiten haben die Ressorts in den letzten Monaten einen Etat aufgestellt, der am nächsten Mittwoch dem Magistrat vorgelegt wird und nach dessen Beschlußfassung etwa Mitte Mai der Stadtverordneten-Versammlung zugehen soll.

Den seit dem 1. April bestehenden etatslosen Zustand will die Verwaltung in der Form überbrücken, daß sie die Pflichtzahlungen, wie Löhne, Gehälter und Unterstützungen weiter vornimmt und die städtischen Unternehmungen, wie Krankenhaus, Kurhaus usw. fortführt. Über jede Ausgabe außerhalb dieser Pflichtausgaben erfolgt besondere Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung.

Die Verwaltung glaubt, auf diese Weise vorteilhafter zu arbeiten, als wenn sie sich von der Stadtverordneten-Versammlung das Recht geben ließe, im nächsten Vierteljahr etwa drei Zwölftel der letzten Etatssumme ausgeben zu dürfen. Man will versuchen, diesen Betrag noch zu unterschreiten.

Stadtv. **Reeh** (Staatsp.) befürchtete eine neue Beschneidung des Etatsrechtes der Stadtverordneten-Versammlung und hielt die Bewilligung einer Summe, über die der Magistrat bis zur Verabschiedung des endgültigen Etats verfügen kann, für angebracht. Stadtv. **Schneider** (Wirtschaftspartei) schloß sich dagegen der Auffassung des Oberbürgermeisters an und bezeichnete es als gefährlich, eine Summe nach Maßgabe des alten Etats zur Verfügung zu stellen. Er verlangte von der Verwaltung, daß der Etat schnellstens vorgelegt und der Stadtverordneten-Versammlung die Möglichkeit einer eingehenden Beratung gegeben wird. Oberbürgermeister **Krücke** bat abschließend, von der Bewilligung eines provisorischen Etats abzusehen und sicherte die beschleunigte Vorlegung des engültigen Haushaltsvoranschlags zu.

Der Zusammenschluß der Gaswerke Mainz-Wiesbaden.

Im Namen des Wirtschafts- und Technischen Ausschusses berichtete Stadtv. **Fresenius** (Deutschnatl.) über die Vereinigung der Gaswerke Mainz und Wiesbaden. In den letzten Jahren hatte Wiesbaden in seinem Elektrizitätswerk 2,7 Millionen Mark angelegt und wesentliche Neuerungen eingeführt. Auch dem Ausbau des Wasserwerks in Schierstein wurde besondere Beachtung zugewandt, während beim Gaswerke nur die nötigsten Modernisierungen vorgenommen wurden. Deshalb bestand die Gefahr, daß das Werk in Kürze völlig veralten und zu teuer produzieren würde. Die Vorarbeiten für den Zusammenschluß sind bekanntlich schon seit langem im Gange und traten, nachdem Mainz von den Erwägungen bezüglich einer Ferngasversorgung zurückgetreten war, in ein akutes Stadium.

Im wesentlichen geht es bei der nunmehr zustandegekommenen Fusion darum, daß Wiesbaden die Investierung großer Summen in seinem veralteten Werk vermeidet und durch Zusammenschluß mit Mainz die dortige moderne Gasanstalt, die bisher nicht voll ausgenutzt werden konnte, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und dadurch natürlich ihre Rentabilität steigert und die Produktion verbilligt.

Zur Erreichung dieses Zieles müssen noch etwa 400 000 Mark zum Ausbau des Mainzer Werkes verwandt werden. Da nach vorsichtigster Berechnung die Ersparnisse durch den Zusammenschluß in einem Jahr nach Angaben des Beigeordneten Spieser und des Direktors Bücher für Wiesbaden 400 000 M. betragen sollen, so bedeutet die Investierung der vorerwähnten Summe kein besonderes Risiko.

Der Berichterstatter wies an Hand statistischen Materials, das aus den Arbeiten der Fachberater entnommen wurde, nach, daß das Mainzer Werk bedeutend billiger arbeitet, was schon durch einen erheblich niedrigeren Personalaufwand infolge der modernen Maschinen bedingt ist. Durch den Zusammenschluß werden leider in beiden Werken 105 Arbeiter überflüssig. Diese Tatsache wurde von dem Berichterstatter und den Sprechern aller Parteien besonders bedauert. Direkte Entlassungen sollen jedoch vermieden werden und, soweit nicht durch Pensionierungen Entlastung geschafft werden kann, will man die freiwerdenden Leute in anderen städtischen Verwaltungszweigen unterbringen.

Das Wiesbadener Werk, das durch den Zusammenschluß stillgelegt wird, bleibt als Reserve zur Verfügung.

Ein Kokslager zur Versorgung der Wiesbadener Abnehmer wird ebenfalls hier unterhalten. Die Hälfte der Arbeitskräfte wird von Wiesbaden gestellt und durch ein gemeinsames Transportmittel zur Arbeitsstelle befördert. Ein Zusammenschluß mit dem Biebricher Gaswerk, das der Thüringer Gasgesellschaft gehört, kam nicht in Frage, da sich ein Ausbau dieser Anlagen zurzeit nicht rentieren würde.

Nach den Verträgen übernehmen die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden-AG., wie sich die zusammengeschlossenen Gaswerke betiteln, das Mainzer Werk zu einem Preise von 3,9 Millionen. Mainz erhält hierfür eine Million Aktien zum Kurse von 142.

Das Wiesbadener Werk wird zum Preise von 2,6 Mill. Mark übernommen. Es ergibt sich dann eine Schuldverpflichtung an die Stadt Mainz in Höhe von 2 480 000 Mark und an die Stadt Wiesbaden in Höhe von 1 180 000 M. Diese Beträge sind mit 9 Prozent zu verzinsen und von 1935 ab in 20 Jahresraten zu tilgen.

Mainz erhält also insgesamt 1 300 000 M. mehr wie Wiesbaden. Wenn wir davon ausgehen, daß beide Städte zu gleichen Teilen Eigentümer der KMW. sind, die Beträge also je zur Hälfte aufbringen, so bedeutet das, daß Wiesbaden im Laufe von 20 Jahren 650 000 Mark an Mainz zu zahlen hat und dafür die Hälfte seines alten Gaswerkes gegen die Hälfte des Mainzer Gaswerks austauscht.

In einem Nebenvertrag wird festgestellt, daß bei der Berechnung der Dividende der Zinsfuß zugrunde zu legen ist, zu dem die KMW. ihre Schulden an Mainz und Wiesbaden zu verzinsen hat. Beide Städte werden verpflichtet, die für ihre öffentlichen Institute benötigten Koksmengen bei der KMW. zu beziehen. Bei Eingehung von großen Lieferungsverträgen über Gas und Koks müssen sich Mainz und Wiesbaden rechtzeitig mit der KMW. in Verbindung setzen. Arbeiter- und Angestellten-Entlassungen sollen im Verhältnis 6 zu 7 für beide Städte erfolgen. Rohrleitungen werden durch die KMW. gelegt.

Die Wegwag bezieht ihren Bedarf an Gas bis zu 18 Millionen Kubikmeter ausschließlich bei der KMW. und verpflichtet sich, während der Dauer der Lieferungsverträge den zwischen der Stadt Wiesbaden und der Wegwag am 20. Mai 1930 geschlossenen Konzessionsvertrag nicht zu kündigen bezw. in die zwischen der Wegwag und der KMW. abgeschlossenen Verträge einzutreten.

Aus den übrigen Bestimmungen ist noch bemerkenswert, daß die KMW. sich verpflichtet, von der Gasfabrik Mainz aus eine Druckleitung nach der Gasfabrik in Wiesbaden auf ihre Kosten herzustellen und zu unterhalten und im Wiesbadener Versorgungsgebiet einen Gasbehälter mit einem Fassungsraum von 60 Prozent der höchsten Tagesentnahme zu speisen. Die Berechnung des Gaspreises erfolgt in der Weise, daß der Verkaufspreis für das an die Wegwag verkaufte Gas berechnet wird, in dem die an die Wegwag abgelieferte Gasmenge multipliziert wird mit dem Quotienten aus der insgesamt entstandenen festen und beweglichen

Straßen, die die Welt bedeuten.

Von Dr. ing. **Alexander Pinthus.**

Nicht nur mein Haus ist meine Welt, auch meine Straße, ihr Lärm, ihre Lichter, ihre Gesichter und „mein Miljöh". Mit manchen von ihnen sind wir auch schon als Passanten durch Eindrücke und Erinnerung verbunden. Viele Straßen sind so ganz Ausdruck ihrer Stadt geworden, daß sie weit über das heimatliche Weichbild hinaus bekannt geworden sind. Vom eigenen Sehen, vom Erzählen, durch die Ansichtskarte, den Bilderdienst der Zeitungen, die Wochenschau des Kinos kennen wir die Hauptstraßen der meisten Städte. Jeder weiß, daß die Zeil und Frankfurt zusammengehören. Wer je in Köln war, hat sich auch durch die Enge der Hohen Straße schieben lassen. Zweimal in jedem Jahre, erneuert sich ein Bild in den illustrierten Zeitungen: Die Peterstraße im Gewande der schreienden, brüllenden, gröhlenden Reklame — dann weiß jedes Kind, es ist wieder Messe in Leipzig. Schließlich hämmert uns noch das Lied, der Schlager, den Zusammenhang von Straße und Stadt ins Ohr und ins Gedächtnis. Wie mancher „ist ein armer Wicht, denn er kennt es nicht, das Sankt Pauli bei Nacht" aber weiß doch, daß die Reeperbahn im Hamburger Hafenviertel liegt.

Aber auch nie gesehene weltferne Straßen sind in uns unauslöschlich eingeprägt: Straßen, die durch ihre Entstehung und durch Ereignisse, die sich zwischen ihren Wänden abspielten, zu Symbolen bestimmter Ideen, zu Zentren weitschwingender Kreise geworden sind. Solche „Straßen, die die Welt bedeuten", hat es zu jeder Zeit gegeben. Einige von ihnen mögen hier verzeichnet sein.

Zum „Nabel der Welt", dem heiligen omphalos im großen Apollotempel zu Delphi führte die jetzt aus Trümmern ausgegrabene Straße, hindurch zwischen Schatzhäusern voller Weihgeschenke, die dem Schicksal deutenden Orakel gestiftet wurden. Von religiösen Erinnerungen erfüllt ist auch die „via dolorosa" in Jerusalem. Schmale, kaum befahrbare Gasse; dicht vergitterte Fenster schauen auf sie herab; Strebebögen zwischen den Häusern, weithervorspringende Erker beschatten den engen Raum, der bei festlichen Prozessionen zum Überquellen erfüllt ist von der Masse der Menschen. Eine „via sacra", eine heilige Straße überquerte auch den Platz, dessen Name, losgelöst von Ort und Zeit, sich als Begriff erhalten hat: das forum, das forum romanum, den Marktplatz des alten Rom. In der frühen Königszeit wurden die Sümpfe zwischen den sieben Hügeln trocken gelegt. Die hölzernen Fleischbuden wurden bald durch steinerne Markthallen ersetzt, an deren Säulen bei festlichen Gelegenheiten die im Kriege erbeuteten vergoldeten und versilberten Schilde aufgehängt wurden. Der Vestatempel, in dem das ewige Feuer brannte und das Wohnhaus des Königs steigerten die Bedeutung des Platzes. Ehrensäulen und Denkmäler berühmter Heerführer und Staatsmänner zierten ihn. All diese Bauten und Kunstwerke sind zu Schutt und Trümmer geworden. Erhalten blieb aber der Nachwelt das am forum im Tribunal gewachsene römische Recht und manche von den Reden, die von der rostra, der öffentlichen Rednerbühne, gehalten wurden. In ihnen hat die Welt des forums das forum selbst überdauert.

In strahlendem Licht der Gegenwart leuchtet auch unter dem blauen Himmel Italiens ein Platz, der eine besondere Welt umschreibt: Ansichtskarten bringen in alle Winde das Bild kunstvoll gestalteten Marmors, flatternder Täubchen, glücklicher Hochzeitsreisender — vom Markusplatz in Venedig.

Mit der Vorstellung rauschenden, unbeschwerten Lebens verbunden klingt jedem Ohr das Wort Boulevard als Sammelname für die großstädtischen Verkehrsstraßen schlechthin, unlösbar freilich von seinem Ursprung Paris. Boulewark = Bollwerk, so hießen die Pariser Festungswerke, die Ludwig XIV. in Parkanlagen für die Pariser Bevölkerung umwandeln ließ. Rummelplätze entstanden, Theater; die Weite der Anlagen schrumpfte mit der heranrückenden Bebauung zu Promenadenstraßen ein; Eleganz und Mode beherrschten die neuen, von der Festungsenge befreiten Stadtteile. Der Begriff Geschäftsstraße und elegante Promenade waren also mit dem Namen Boulevard schon verbunden, als die Schöpfungen des Barons Haußmann unter Napoleon III. diesem Straßennamen auch noch die Bedeutung der großstädtischen Verkehrsader hinzufügten. Mit rücksichtsloser Gradheit schlugen diese neuen Boulevards Bresche in dies Gewirr der alten Bebauung. Wie es heißt, um bei Aufständen besser schießen zu können. Mehrere Milliarden Franken wurden aufgewandt. So entstand das Gerippe der modernen Großstadt Paris und lange vor dem heutigen großstädtischen Verkehr der Typ der modernen Verkehrsstraße.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entstand auch in Wien ein System von Prachtstraßen, das sich um die alte Kaiserstadt wie eine Perlenschnur legte, an der alle Repräsentationsgebäude aufgereiht waren. Bei der Erweiterung vieler großer und kleiner Städte wurde dieser Wiener Ring nachgeahmt. Fast jede Stadt hat in Anlehnung an alte Stadtmauern ihren Ring. Mit der Vorstellung Wien (Österreich) viel fester verkettet, ist der Name des Platzes, an dem das k. u. k. Ministerium des Äußeren seinen Sitz hatte: der Ballhausplatz. Die Presse verbindet ja oft mit einer solchen Straßenbezeichnung den Regierungssitz eines Landes. Aus der Wilhelmstraße (Berlin), der Downingstreet (London), vom Quai d'Orsay (Paris) bringen die Zeitungen die neuesten politischen Nachrichten. Zum Ballhausplatz lauschte daher in den Julitagen 1914 die ganze Welt in Erwartung der schicksalsschweren Entscheidungen, deren Auswirkungen die Befürchtungen aller Pessimisten noch weit übertrafen. Hier kalkulierte man damals mit der Hilfe des treuen Verbündeten, von Berlin, dem Mittelpunkte der militärischen Macht. Mit zwei Jahrhunderten militärischer Tradition ging die Entwicklung der Reichshauptstadt parallel. War sie auch das geistige und geschäftliche Zentrum Deutschlands, im Ohr der Welt hallte der Name Berlin nur begleitet vom Tschingda-bum-bum der Wachtparade. Unter den Linden war die Pracht- und Paradestraße, das Gesicht des kaiserlichen Deutschlands. Als vierfache Baumreihe vom Tiergarten zum Lustgarten wurde sie vom Großen Kurfürsten angelegt, als Hauptstraße der Dorotheenstadt. Recht schnell sollte die neue Erweiterung der Hauptstadt sich entwickeln; billiges Bauland, zu 1½ Silbergroschen Grundzins je Quadratrute, kostenlose Bauholzlieferung und Befreiung von Einquartierung sollten zum Bauen verlocken. Und vornehme Leute sollten dort wohnen; viele Ausländer, Holländer, Franzosen ließen sich dort nieder. Deswegen gab der Große Kurfürst auch strenge Anweisung, die Misthaufen auf beiden Seiten der Straße Unter den Linden zu beseitigen und keine Schweine auf seiner Feststraße zu hüten.

Um dieselbe Zeit, genauer 1624, wurde jenseits des Ozeans an der Mündung des Hudson, die Insel Manhattan für 24 Dollar, zahlbar in Glasperlen, von den Indianern verkauft. Eine kleine Ansiedlung, Neu Amsterdam, entstand auf der Meerspitze. Nach dem Lande zu wurde die Niederlassung durch eine Mauer vor Wölfen und Bären geschützt. Allmählich erst wagten sich Gärten und Felder in die unabsehbare Weite der Wälder und Wiesen vor. Straßen, Bauten, Häuser, Wolkenkratzer folgten. Aus Neu Amsterdam wurde New York, an der ersten Schutzmauer erstreckt sich Wallstreet, das Geldzentrum der Welt. Vielleicht haben die Goldabgaben nach Frankreich die tatsächliche Bedeutung von Wallstreet schon erschüttert. Für die große Welt ist die Konzentration der Großbanken dort, sind die Safes unter dem — zwischen Wolkenkratzern niedrigen — Marmorpalast der Morganbank, die Organisation der New Yorker Börse, die

Kosten einschließlich der Zinsen und Abschreibungen und der gesamten verkauften Gasmenge.

Es bezahlen also Wiesbaden und Mainz den gleichen Gaspreis pro Kubikmeter, während bei der Stromabgabe Mainz bekanntlich entsprechend seines größeren Verbrauchs einen etwas billigeren Preis hat.

Die Abrechnung erfolgt spätestens innerhalb 4 Wochen nach Abschluß eines Geschäftsjahres.

Stadtv. **Schlüter** (Ztr.) gab trotz großer Bedenken die Zustimmung seiner Fraktion. Er bedauerte besonders den Wegfall von 55 Arbeitsstellen in Wiesbaden. Durch zwei Anträge seiner Fraktion, die in die Verträge eingebaut wurden, ist die Möglichkeit der Überführung des städtischen Aktienbesitzes in die Hände des Privatkapitals unterbunden. — Stadtv. **Krüger** (Komm.) lehnte die Vorlage ab, weil er in ihr einen weiteren Schritt zur Enttommunalisierung der Städtischen Werke und eine Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft sieht. Er forderte eine Herabsetzung der Gaspreise. — Stadtv. **Reinsperger** (Soz.) bezeichnete den Zusammenschluß der Werke als die beste Verteidigung gegen die Gefahr einer Abschnürung durch die Gasfernversorgung bezw. durch das Privatkapital. Gerade dieser Gesichtspunkt sei abgesehen von den Ersparnissen, die der Zusammenschluß bringe, für die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage entscheidend gewesen. — Stadtv. **Altstadt** (Natsoz.) lehnte den Zusammenschluß der Werke aus den gleichen Gründen wie der kommunistische Redner ab. — Stadtv. Dr. **Kettenbach** (Vpt.) begründete für den überwiegenden Teil seiner Fraktion — nur Stadtv. Weyer stimmte für die Vorlage — die Ablehnung. In den Vorteilen, die die Fusion bietet, sah der Redner in erster Linie Zukunftsversprechungen, auf die er sich, zumal eine Rentabilität unseres Gaswerkes noch gegeben sei, nicht einlassen könne. Zweifellos habe Mainz den größeren Vorteil und unsere Nachbarstadt müsse verstehen, daß Wiesbaden von ihr gleiche Opfer — der Redner streifte dabei die Theaterfrage — erwarte. Nur wenn sich Mainz zu der Aufgabenteilung, nach der Mainz als Produktions- und Wiesbaden als Wohnstadt ausgebaut werden müßte, einverstanden erkläre, sei ein wirklicher Ausgleich in Vorteil und Nachteil für beide Städte gegeben. — Stadtv. **Schneider** (Wirtschaftsp.) hielt sich an die Zusage der technischen Autoritäten, die eine erhebliche Ersparnis durch den Zusammenschluß verbürgen, und setzte sich für die Vorlage ein. Ebenso der staatsparteiliche Stadtv. **Kühler**. Die Bemerkung des Stadtv. **Kettenbach**, Bürgermeister Schulte möge sich bei seinen Kollegen Spieser und Bücher erkundigen, wie man Herrn Schneider so schnell von einem Saulus in einen Paulus bekehre (Stadtv. Schneider war anfangs Gegner des Zusammenschlusses), löste die Heiterkeit der Versammlung und eine scharfe Erwiderung des Stadtv. Schneider aus, der betonte, daß er von niemand in seiner Haltung beeinflußt worden sei, sondern nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen sich für die Vorlage entschieden habe. — Auf eine Anfrage des Stadtv. Best (Wirtschaftsp.) gab Direktor Bücher die Zusicherung, daß alle Aufträge der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden paritätisch an das Handwerk beider Städte vergeben werden.

Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei angenommen. Der volksparteiliche Stadtv. Weyer stimmte mit der Mehrheit. Inzwischen war von Mainz mitgeteilt worden, daß die Mainzer Stadtverordneten-Versammlung dem Vertrag ebenfalls zugestimmt hat, wodurch der Zusammenschluß perfekt geworden ist.

Die NSDAP. und die Beamten der städtischen Werke.

Stadtv. **Arndt** (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, der auf Grund der bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse der preußischen Regierung in den Geschäftsstellen der NSDAP. vom Magistrat verlangt, sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, die Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind, aus Sicherheitsgründen für die Bevölkerung aus der Verwaltung der Miethäuser m. b. H., der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden-A.-G. zu entlassen und gegen die Personen, die aktiv an der Ausarbeitung der verbrecherischen Pläne tätig waren, Strafanträge zu stellen.

Die Ausführungen des Stadtv. Arndt wurden von andauernden Zwischenrufen aus der nationalsozialistischen Fraktion begleitet; der Vorsitzende sah sich verschiedentlich zu Ordnungsrufen veranlaßt. Er verwarnte vor Eintritt in diesen Punkt der Tagesordnung die Tribüne, wo sich anscheinend ein Sprechchor zusammengefunden hatte. Außer der Entfernung eines Zwischenrufers von der Tribüne brauchte der Vorsitzende jedoch nicht einzugreifen.

Stadtv. Arndt bezeichnete die innerhalb der NSDAP. ausgearbeiteten Pläne als verbrecherisch und als Beweis dafür, daß die Partei überhaupt kein Gefühl für die wirklichen Machtverhältnisse habe. Schon durch die seinerzeitigen Demonstrationen auf der Wilhelmstraße habe die nationalsozialistische Partei das Leben der Kurstadt erheblich beeinträchtigt, das durch das neuerdings bekannt gewordene Material einen neuen schweren Schlag erhalten habe. Von den verantwortlichen Führern hätte man eine größere Rücksichtnahme auf die Wiesbadener Verhältnisse unbedingt fordern müssen. Besonders nachdrücklich betonte Stadtv. Arndt, daß sich die SPD. während der ganzen Zeit ihres Bestehens keinen einzigen Terrorakt gegen Andersdenkende vorzuwerfen habe. Wenn es seiner Partei auch vollkommen fern liege, gegenüber den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern Gesinnungsschnüffelei zu treiben, so müsse man doch verlangen, daß nach der Aufdeckung des Materials bei den Städtischen Werken Nationalsozialisten nicht mehr beschäftigt werden dürften. Die Behauptung, es handele sich bei dem Plan für die Besetzung der Städtischen Werke um eine unmaßgebliche Privatarbeit, bezeichnete er als Ausrede. In der letzten Zeit habe die NSDAP. gegenüber den Beamten einen direkten Terror ausgeübt und zu verstehen gegeben, daß nichtnationalsozialistische Beamte bei der Machtübernahme durch Hitler aus dem Dienst entlassen würden. Und das tue gerade die Partei, die am meisten gegen das Parteibuchbeamtentum geschimpft habe. Stadtv. Arndt verwies auf die Maßnahmen Badens gegen nationalsozialistische Beamte und glaubte, ähnliche Verfügungen von Reichsseite ankündigen zu können.

Oberbürgermeister **Krücke** erklärte für den Magistrat, daß er das in Wiesbaden bei der NSDAP. beschlagnahmte Material, soweit es nicht schon nach Berlin und an den Oberreichsanwalt weitergegeben worden war, eingesehen habe. Der Plan einer Besitznahme der Städtischen Werke sei von einem Angestellten der Werke verfaßt worden, der schon vor längerer Zeit abgebaut wurde. Ob dabei der ebenfalls früher bei den Städtischen Werken beschäftigte und in dem Plan als zukünftiger Leiter genannte Nationalsozialist Schmalbach bei der Ausarbeitung der Ideen mitgewirkt hat, konnte von der Verwaltung nicht festgestellt werden. Der Magistrat hat sich an den Oberreichsanwalt zwecks Rückleitung des Materials nach Wiesbaden zur genauen Durchsicht gewandt, sobald es beim Reichsgericht nicht mehr benötigt wird. Die Stadtverwaltung hat sofort eine örtliche Untersuchung eingeleitet, die aber bisher noch keine Mitwirkung von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern nachweisen konnte. Die Untersuchung wird fortgeführt und gegen Angestellte, Beamte und Arbeiter, die sich etwas zu Schulden kommen ließen, rücksichtslos vorgegangen. Dagegen könne unmöglich die Zugehörigkeit zu einer Partei ein Grund zur Entlassung aus städtischen Diensten bilden.

Stadtv. **Holländers** (Natsoz.) bezeichnete die über das gefundene Material verbreiteten Auffassungen als Märchen. Mit Hilfe verlogener Berichte versuche die Sozialdemokratie anständige Beamte, Angestellte und Arbeiter auf die Straße zu setzen. Die Arbeit über eine eventuelle Inbesitznahme der Städtischen Werke stamme von einem früheren Angestellten der Werke und sei als reine Privatarbeit zu betrachten, die nicht im Auftrage der Partei hergestellt sei. Was die NSDAP. von den Sozialdemokraten erwartet habe, wolle man ihr jetzt in die Schuhe schieben. — Stadtv. Holländers beantragte, daß Entlassungen von Angehörigen der NSDAP. nicht vorgenommen werden und daß die Stadtverordnetenversammlung über den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung übergehen solle.

Stadtv. **Ballmann** (Komm.) polemisierte gegen die SPD. wie gegen die Nationalsozialisten und verlangte Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes. Stadtv. **Schneider** (Wirtschp.) bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag aus beamtenrechtlichen Gründen als unannehmbar. Die disziplinarischen Bestimmungen seien vollkommen hinreichend, um politische Auswüchse in der Beamtenschaft zu unterbinden. — Stadtv. **Kettenbach** lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Es scheint ihm falsch, eine Bewegung gewaltsam zu unterdrücken, da dies nur, wie die Sozialdemokraten aus ihrer eigenen Geschichte wissen müßten, der Bewegung neuen Auftrieb zuführe. Stadtv. Dr. **Schellenberg** (Staatsp.) sprach sich ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag aus, da seine Fraktion überzeugt sei, daß die Verwaltung jedem eventuellen Vergehen ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter rücksichtslos nachgehe. Die Entscheidung, ob eine Partei staatsfeindlich sei, könne nicht lokal, sondern nur vom Reich bezw. vom Staat aus getroffen werden. — Stadtv. Dr. **Fresenius** (Deutschnatl.) bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag als Wahlmache. — Stadtv. **Schlüter** (Zentrum) schloß sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an und lehnte den sozialdemokratischen Antrag ebenfalls ab.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand die nötige Unterstützung.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Nationalsozialisten.

Kleine Vorlagen.

Einige kleinere Grundstücksangelegenheiten und Fluchtlinienplanänderungen wurden ohne Debatte angenommen. — Die Anliegerbeiträge für Straßenkosten und Herstellung der Kanalanschlüsse bei Neubauten in den vor dem 15. November 1923 (vor der Markstabilisierung) fertiggestellten Straßen wurden auf 15 Prozent der üblichen Sätze ermäßigt. Diese Vergünstigung tritt jedoch nur ein, wenn der Interessent das Baugrundstück zu einem Preis ersteht, der nicht wesentlich über der ortsgerichtlichen Schätzung liegt.

Die Schulbesuchsversicherung für Schüler, sowie die Unfallversicherung für Lehrpersonen und Schulhausmeister im Schuljahr 1932/33 wird beibehalten und die erforderliche Summe von 12 784 M. zur Verfügung gestellt. — Die Biersteuerordnung wurde entsprechend der letzten Notverordnung abgeändert und der Satz um 40 Prozent gesenkt. Rechnerisch ergibt sich dadurch für die Stadt ein Mindereinkommen, das jedoch bei einem Ansteigen des Bierkonsums infolge der Preisermäßigung wahrscheinlich nicht voll zur Auswirkung gelangt. — Die Hundesteuer- und Vergnügungssteuerordnung wurde auf Wunsch der Regierung in formeller Hinsicht abgeändert. Stadtv. **Ritzel** (Staatsp.) sprach dabei den Wunsch aus, die Jugendvereine, die manchmal durch Veranstaltung kleiner Festlichkeiten ihrer Kasse etwas aufzuhelfen suchten, weniger zu belasten. Stadtv. **Weyer** (Vpt.) regte eine allgemeine 50prozentige Verminderung der Sätze an, da das Gastwirtsgewerbe die Steuern nur sehr schwer aufbringen könne. Stadtrat **Sperling** sagte weitgehende Abstellung von Härten zu, lehnte aber eine generelle Ermäßigung der Steuer ab. Die Wertzuwachssteuerordnung mußte auf Grund einer staatlichen Musterordnung abgeändert werden. Die Abänderungen sehen eine Reihe von neuen Steuerbefreiungen vor und eine erheblich größere Staffelung der Sätze, die sich für den Steuerzahler ermäßigend auswirkt. Die für Wiesbaden besonders bedeutsame Bestimmung, daß bei Rückkauf von Werten, die während der Inflation an Ausländer abgegeben wurden, durch die früheren Eigentümer oder deren Erben die Wertzuwachssteuer erlassen werden soll, wird durch die neuen Abänderungen gestrichen. Der Antrag des Stadtv. **Hessemer** (Wirtschp.), diese Streichung rückgängig zu machen, fand keine Annahme. Stadtrat **Sperling** versprach bei Vorkommen des angezogenen Falles Härten auszugleichen. — Die Mittel für die Pensionierung von drei Beamten und die Gewährung eines Witwengeldes wurden bereitgestellt und die Wahl von Schiedsmannsstellvertretern vorschlagsgemäß erledigt. — Die Maschinentechnische Deputation wurde aufgehoben, da sie durch die Zusammenlegung der Ämter überflüssig geworden ist. Ihr Aufgabengebiet wurde der Hoch- und Tiefbaudeputation überwiesen. — Der kommunistische Antrag, die Vertreter der Stadt Wiesbaden sollten beim Arbeitsamt darauf hinwirken, daß die Stempel- und Auszahlungsstelle Wiesbaden-Biebrich wieder in Betrieb gesetzt wird, ebenso die früheren Geschäftsstellen in den übrigen Stadtteilen, wurde angenommen.

Während sich der Sitzungssaal leerte teilte Beigeordneter **Spieser** auf eine kommunistische Anfrage hin mit, daß der Exerzierplatz in Dotzheim, soweit sein Gelände nicht für die Randsiedelungen gebraucht wird, zum Teil der Kleingartenvereinigung Freudenberg zur Verfügung gestellt werden soll. Der Rest, etwa ein Drittel des Exerzierplatzes, wurde einem Gärtner und einem Geflügelzüchter zugestanden. Die Bemühungen des Magistrats, den von der Randsiedelung nicht benötigten Teil des Bodens den früheren Besitzern wieder zugängig zu machen, blieben bei der Regierung ohne Erfolg.

Schluß der Sitzung um ¼ vor 9 Uhr.

Aus Kunst und Leben.

* **Der 15 000-Mark-Novellenpreis,** den die Monatsschrift „die neue linie" (Beyer-Verlag, Leipzig) auf 5 Jahre angesetzt hat, ist zum ersten Mal zur Verteilung gelangt. Für das Jahr 1932 ging es um 3000 Mark für die beste deutsche Gegenwartsnovelle. Die Preisrichter Wilhelm von Scholz, Alfons Paquet, Paul Fechter, Bruno E. Werner konnten sich trotz der gewaltigen Zahl der Eingänge zur Verteilung des ersten Preises nicht entschließen. Der 2. Preis in Höhe von 1000 Mark wurde geteilt zugesprochen an: Pia Kamper, Köln, für die Novelle „Der Weg" und Käthe Lübbert-Griese, Berlin für die Novelle „Anna". Den 3. Preis in Höhe von 500 Mark erhielt M. O. Stark, Zürich, für die Novelle „Geburtstagsgeschichte". Ferner wurden für je 300 Mark angekauft: die Novelle „Regina Amstetten" von Ernst Wiechert, Berlin, und die Novelle „Das Waldhorn" von Georg-Britting, München. Die nicht verteilte Summe von 1500 Mark wurde den Preisrichtern zugeteilt, die es von sich aus übernommen haben, bis Ende des Jahres den anderen Mitgliedern der Jury eine Novelle, die für den ersten Preis in Frage kommt, vorzuschlagen. Sollte diese Novelle nicht gefunden werden, wird der Betrag der Preußischen Akademie der Künste, Abteilung der Dichtung, überwiesen. Der Bericht des Preisgerichts steht im Aprilheft der „neuen linie".

---

hier die Aufträge erledigt, die ihr innerhalb 6 Minuten von Europa übermittelt werden, der Inbegriff des Dollars Amerikas. Wallstreet hat damit auch noch die Fifth Avenue überflügelt, vielleicht, weil diese Straße inzwischen aus der Wohnstraße der Milliardäre sich immer mehr zur Straße der Luxusgeschäfte entwickelt hat. Auf Wallstreet ist auch der Nimbus der Londoner City als Symbol des Geschäftsgeistes und des kapitalistischen Wirtschaftssystem übergegangen.

Als ihr geographischer, wirtschaftlicher und politischer Gegenpol erstreckt sich in Moskau der Rote Platz. In seinem Namen demonstriert er für die Farbe der Revolution und für das Blut, das auf seiner Fläche für die Revolution geflossen ist. Angesichts des festen Zarenschlosses, des Kremls, sind hier die Brudergräber der im Oktober 1917 gefallenen Revolutionäre, in ihrer Mitte das Mausoleum Lenins. Ohne Unterbrechung zieht an ihm die Kette der Verehrer vorbei, um den Begründer des Sowjetstaates zu bestaunen, dessen sterbliche Reste, mit modernsten chemischen Mitteln präpariert, hier Zeuge sind der Paraden, Aufmärsche und Volkskundgebungen, die immer aufs neue den Roten Platz mit roten Fahnen färben.

So hat jede Zeit, jede Idee eine Straße, die ihre Welt bedeutet, Straßen, die vom großen Weltgeschehen gestaltet wurden, Straßen, in denen große Geschehen sich ereignete, — Straßen, die die Welt bedeuten.

Wiesbadener Nachrichten.

Es bleibt wechselvoll bei schwankenden Winden

Das Wetter der nächsten Woche.

Mit der Witterung der vergangenen acht Tage war nicht viel Staat zu machen. Der Kampf zwischen der Warm- und der Kaltfront, charakteristisch für diese Übergangsjahreszeit, ließ Beständigkeit nicht aufkommen und endete immer wieder rasch mit dem Sieg kalter Luftmassen, unter deren Herrschaft um die Wochenmitte in der westlichen Hälfte Mitteleuropas durchaus nachwinterliche Verhältnisse eintraten. Dienstag und Mittwoch fiel in West- und Nordwestdeutschland, in der Schweiz bis zum Genfer See und auch in den Ostalpen Schnee, der sogar in der Ebene zeitweilig liegenblieb; denn die Temperaturen überschritten an zahlreichen Orten dabei nur um ein bis zwei Grad den Gefrierpunkt. Selbst die Tageshöchstwerte blieben in der westlichen Hälfte Deutschlands weithin unter 5 Grad Wärme; nachts sank das Quecksilber durchweg bis in unmittelbare Nähe von Null, zum Teil auch, wie in Kiel, Nürnberg und München, auf 1 bis 2, in Hof sogar auf 4 Grad Kälte. Im Osten war es tagsüber wärmer; 10 Grad Celsius wurden aber nirgends überschritten. Nur zu Beginn der Woche wurden in Schlesien und Ostpreußen bei südöstlichen Winden 18 bis 19 Grad Wärme erreicht, und die gleichen Temperaturen hatte am vorigen Sonntag Süddeutschland, während gleichzeitig in Mitteldeutschland 17 Grad Celsius erreicht wurden.

Die Niederschläge waren besonders im Westen und Nordwesten recht ergiebig und hatten weithin landregenartigen Charakter. Der größte Regenmangel ist nunmehr behoben; soweit sich das inmitten des Monats übersehen läßt, haben alle Gebiete, die unter winterlicher Trockenheit litten, für den Augenblick ausreichende Niederschläge abbekommen, so daß die Entwicklung der Vegetation allmählich erkennbar wird.

Die stete Aufeinanderfolge von Druckwellenbergen und Tälern, wie sie sich durch Steige- und Fallgebiete — Maxima und Zyklonen — zum Ausdruck bringt, wird sich wohl auch in der kommenden Woche noch fortsetzen, sodaß auf kurze Perioden der Aufheiterung und Erwärmung mit südlicher Luftzufuhr immer wieder Kaltlufteinbrüche aus dem Norden mit Niederschlägen und aprilmäßiger Veränderlichkeit folgen werden. So wird schon vor dem Wochenende eine neue tiefe Islandzyklone wieder Trübung und Regen auslösen, so daß der Wochenbeginn möglicherweise schon wieder durch wechselvolles Schauerwetter nicht eben verschönt werden kann. Eine regelmäßige Aufeinanderfolge von Druckwellenbergen und Tälern reicht zurzeit von Rußland westwärts über den Atlantischen Ozean und den ganzen nordamerikanischen Kontinent bis zur Pazifischen Küste, und bis alle diese Steige- und Fallgebiete über Mitteleuropa hinweggegangen sind, wird zumindest noch die ganze kommende Woche vergehen, so daß frühestens gegen Ende des Monats auf stabilere Witterung gerechnet werden kann.

Aus dem Magistrat

Die Städtische Pressestelle teilt mit:

Sondervergünstigungen für Zuziehende, die sich hier ankaufen oder anbauen.

Die im Jahre 1931 in Kraft gewesenen steuerlichen Vergünstigungen für Zuziehende, die sich hier ankaufen oder anbauen, werden auch für das Jahr 1932 aufrecht erhalten mit der Maßgabe, daß den Betreffenden die in Frage kommenden Vergünstigungen auch in den nächsten vier Jahren zufallen.

Herabsetzung des Zuschlags zur Friedensmiete infolge Erfolge Ermäßigung der Mülltonnengebühr.

Seinerzeit, bei Erhöhung der Mülltonnengebühr von 12 auf 18 M., wurde den Hausbesitzern zugestanden, daß sie für diese Gebühr einen Zuschlag zur Friedensmiete von 0,25 Prozent erheben können. Im Hinblick darauf, daß außer der Herabsetzung der Grundgebühr von 30 auf 27 M. auch die Tonnengebühr eine Ermäßigung von 18 auf 15 M. erfahren hat, setzte der Magistrat den Zuschlag zur Friedensmiete, der für die Mülltonnengebühr erhoben wird, ab 1. April 1932 auf 0,1 Prozent anstatt wie bisher auf 0,25 Prozent fest. Die gesetzliche Miete beträgt somit ab 1. April 1932 in den Stadtteilen, in denen eine Müllabfuhrgebühr erhoben wird, 125,1 Prozent anstatt wie bisher 125,25 Prozent.

Über die letzten Waldbrände

wurde dem Magistrat Bericht erstattet. Dabei wurde hervorgehoben, daß die Polizei bei diesen Bränden mit das

Feuerwehr in vorbildlicher Weise zusammengearbeitet hat und daß die Polizeimannschaften sich nicht nur auf den polizeilichen Überwachungsdienst beschränkten, sondern tatkräftig bei der Bekämpfung der einzelnen Brände mitgewirkt haben.

Da die Brände zum Teil auf Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, richtet der Magistrat auch an dieser Stelle die Bitte an die Bevölkerung, alles zu vermeiden, was zu einer Entstehung von Bränden beitragen könnte und bittet, insbesondere dadurch wirksam mitzuhelfen, daß bei Wahrnehmung irgend einer Brandgefahr schnellste Meldung an die Feuerwehr erfolgt.

Auch der Mainzer Stadtrat stimmt zu.

Mainz, 15. April. In der Stadtratssitzung am Freitag wurde die Fortführung des Theaterbetriebs in allen Spielgattungen für die Spielzeit 1932/33 beschlossen unter der Voraussetzung, daß aus städtischen Mitteln kein höherer Betrag als 350 000 M. zur Verfügung gestellt werde. Der Zuschuß soll im Gegenteil durch die Ausgabenminderung noch herabgesetzt werden. Die Bürgermeisterei und Intendanz wurden ermächtigt, die erforderlichen Verträge abzuschließen.

Dem Zusammenschluß der Gaswerke Mainz und Wiesbaden stimmte der Stadtrat mit allen gegen vier Stimmen zu, nachdem die Ausschüsse bereits vor einigen Tagen den Verträgen zugestimmt hatten. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Stadtrat Appel, führte zu diesem Punkt aus, gemeinsame Interessen hätten Mainz und Wiesbaden dazu geführt, alles Trennende beiseite zu lassen, um, selbst mit Überspringung der Landesgrenze, in gemeinsamer Arbeit Vorteile für ihr Wirtschaftsgebiet und die Bevölkerung herauszuholen. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß durch den Zusammenschluß 1,3 Millionen Mark eingespart und dadurch eine Verbilligung des Gaspreises um drei Pfennig erzielt werde. Unter dem lebhaften Beifall des Plenums dankte Oberbürgermeister Dr. Ehrhard dem Bürgermeister Hiemenz für seine Bemühungen um den Zusammenschluß.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, diejenigen städtischen Beamten und Arbeiter, die der NSDAP. angehören, namentlich festzustellen und sofort zu entlassen, wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters vorerst dem Ältestenrat zur Berichterstattung überwiesen.

Eine dreiköpfige Familie geht in den Tod.

Verzweiflungstat eines Gelehrten.

In der Nacht zum Samstag hat sich der 45jährige Dr. phil. Max Gallad é, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Städtischen Museum in Wiesbaden, mit Frau und seinem 14jährigen Sohne in seiner Wohnung in der Schiersteiner Straße mit Gas vergiftet. Die Lebensmüden hatten eine Matratze auf den Küchenfußboden gelegt und darauf liegend das ausströmende Gas eingeatmet. Als Hausbewohner heute morgen um 8 Uhr den starken Gasgeruch bemerkten, ließen sie die Tür aufbrechen. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod der dreiköpfigen Familie feststellen. Dr. Gallad é, der nicht fest angestellt war, war gestern aus dem Dienst der Stadt Wiesbaden und aus dem des Nassauischen Vereins für Naturkunde, dessen Kassierer er war, ausgeschieden. Über die Ursache des Ausscheidens und damit über den Grund der Verzweiflungstat waren bis Schluß der Redaktion zuverlässige Mitteilungen nicht zu erhalten. Es soll sich aber um Unstimmigkeiten in der Vereinskasse handeln. Die Stadt ist davon nicht betroffen.

— **Wiesbadener Gäste.** Aus Anlaß des Ärztekongresses sind u. a. im Hotel „Nizza" abgestiegen: Universitätsprofessor Dr. med. Werner Nickau, Eßlingen; die Professoren Dr. Hans Rautmann, Braunschweig; Dr. Kurt Oehme, Heidelberg; Dr. Philipp Klee, Elberfeld; Dr. Karl Hegler, Hamburg; Dr. Fritz Eichholz, Königsberg; Dr. Eberh. Groß, Elberfeld; Chefarzt Dr. Karl Happich, Darmstadt; leitender Arzt Dr. Martin Gabe, Schmiesheim; Dr. Jan van den Blick, Eindhoven (Holland).

— **Wiesbadener Fremdenverkehr.** Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 14. April 1932 angemeldeten Fremden beträgt 19 607 Kurgäste und Passanten.

— **Ein halbes Jahr freiwilliger Arbeitsdienst.** Im „Reichsarbeitsblatt" 1932/10 berichtet Oberregierungsrat Dr. von Funcke über den Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes auf Grund der Berichte der Landesarbeitsämter vom 29. Februar 1932. Das Archiv für Leibesübungen entnimmt dieser Übersicht folgende beachtliche Zahlen: Bis Ende Februar sind insgesamt 1127 Maßnahmen mit 33 045 Arbeitsdienstwilligen (davon 24 887 Jugendliche) durch die Landesarbeitsämter anerkannt worden. Bei einer siebenstündigen täglichen Arbeitszeit, die durch körperliche und geistige Schulungsmaßnahmen ergänzt zu werden pflegt, sind bis Ende Januar 458 875 Tagewerke geleistet worden, für die 784 126 M. aus Mitteln der Reichsanstalt und aus Sondermitteln für Jugendliche nötig waren. Für die Förderung ist mit wenigen Ausnahmen die pauschale Form (in fast 90 Prozent der Fälle) gewählt worden. Es ist bemerkenswert, daß die größte Zahl der Maßnahmen nämlich 484 (fast 43 Prozent auf Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit im weitesten Sinne entfällt. Dazu gehören neben dem Aus- und Neubau von Spiel- und Sportplätzen die Anlage und Ausgestaltung von Volkserholungsstätten, von Jugendherbergen und Jugendheimen, die Errichtung von Bade- und Schwimmanstalten, der Bau von Flugsportanlagen usw. Bei ein Drittel aller Arbeiten (341) sind Jugend- und Sportverbände Träger der Arbeit; bei mehr als der Hälfte aller Maßnahmen (51,4 Prozent) stellen Turn- und Sportvereine sowie andere Jugendpflegeorganisationen die Arbeitsdienstwilligen aus eigenen arbeitslosen Mitgliedern. Bei Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit konnten 14 334 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden. An dritter Stelle stehen 144 Arbeiten zur Verkehrsverbesserung (wobei 5327 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden konnten). Hierher gehören zum Beispiel die Anlagen von Radfahr-, Wander- und Uferwegen sowie Erdarbeiten auf Flugplätzen usw.

— **Anwachsen der Mietrückstände.** Über die Auswirkung der Vierten Notverordnung auf die Mietsenkung und über das Anwachsen der Mietrückstände und der Kündigungen bei Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hat der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften eine Rundfrage bei den ihm angeschlossenen rund 3000 Vereinigungen veranstaltet, die von 1646 gemeinnütziger Wohnungsunternehmen mit einem Wohnungsbesitz von 363 558 Wohnungen beantwortet worden ist. Die Rundfrage hat nach der Wohlfahrts-Korrespondenz ergeben, daß die Senkung der Neubaumieten in zahlreichen Fällen hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, weil die Wohnungsunternehmen vielfach Baudarlehen von den Trägern der Sozialversicherung erhalten haben, deren Zinssätze sich im allgemeinen auf 6 bis 7 v. H., bisweilen auch weniger, belaufen. Trotzdem die Wohnungsinhaber sich im wesentlichen aus den Kreisen der minderbemittelnten Bevölkerungsklassen zusammensetzen, die von der Einkommensschrumpfung schwer betroffen sind, betrugen nach dem Ergebnis der Rundfrage die Mietrückstände des letzten Jahres in den gemeinnützigen Bauunternehmen durchschnittlich nur 2,5 v. H. der gesamten Jahresmiete. Erst im Dezember 1931 sind sie auf 7,69 v. H. und im Januar 1932 auf 8,92 v. H. gestiegen. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen belief sich bei Beginn des Jahres 1932 auf 2 v. H. der erfaßten Wohnungen. Die Kündigungen betrugen im vergangenen Jahre durchschnittlich 0,6 v. H. je Monat. Ende Dezember 1931 stiegen sie infolge der Kündigungserleichterungen auf 1,8 v. H. Die Schwierigkeiten durch Anwachsen der Mietrückstände, Abwanderung aus teuren und großen Wohnungen, Zunahme der Leerwohnungen zeigten sich in gleicher Weise bei dem privaten wie bei dem gemeinnützigen Wohnungsbesitz.

— **Das Verhältnis der Volksschüler zur Einwohnerzahl.** Im Reichsdurchschnitt entfielen im Jahre 1931/32 auf 10 000 Einwohner 1174 Volksschüler. Preußen kommt dem Reichsdurchschnitt mit 1179 ziemlich gleich. Innerhalb Preußens hat Groß-Berlin mit 631 auf 10 000 Einwohner die wenigsten Volksschüler aufzuweisen. Die höchste Schülerzahl hat Oberschlesien mit 1504 auf 10 000 Einwohner. Es folgen Ostpreußen mit 1436, Westfalen mit 1328 und die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 1313. Unter den übrigen deutschen Ländern steht Oldenburg mit 1314 Volksschülern auf 10 000 Einwohner an der Spitze. Dann folgen Baden mit 1263, Thüringen mit 1247 und Bayern mit 1234. Sachsen liegt mit 1117 Volksschülern unter dem Reichsdurchschnitt. Ähnlich wie in Berlin sind auch in den Hansastädten Hamburg und Bremen mit 768 bezw. 986 auf 10 000 Einwohner die Zahlen der Volksschülern sehr gering und bewegen sich beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt. — Zur Betreuung der 7 589 000 Volksschüler im Jahre 1931/32 waren 187 704 Lehrer hauptamtlich tätig. Noch im Jahre 1926/27 entfielen auf einen Lehrer 35,7 Schüler. Im Jahre 1931/32 hatte ein Lehrer 40,4 Schüler zu betreuen gegenüber 45,4 im Schuljahr 1921/22.

— **Niemand darf seinen Namen ändern.** Über die Entstehung und das Recht auf die Führung von Doppelnamen berichtet jetzt Regierungsinspektor Quappill in Hildesheim den Standesbeamten. Eigenmächtige Änderungen des Namens ohne Rechtsgrund sind unzulässig und strafbar. Nur die zuständigen Behörden können auf Antrag darüber entscheiden. Das Hinzufügen eines Ortsnamen zu dem wirklichen ist ohne Genehmigung gleichfalls verboten. Die Doppelnamen, die es gibt, sind oft nicht rechtlich begründet. Sie sind jedoch gestattet bei oder nach Annahme an Kindes Statt, wenn der Vertrag dies vorsieht. Die unberechtigte Führung von zwei Namen entsteht meist dadurch, daß ein uneheliches Kind neben dem Mutter- auch noch den Vaternamen trägt. Oft findet man aber auch, daß der Besitzer eines Bauernhofes den Stättenamen neben seinem eigentlichen nennt. Ein Erlaß des damaligen Innenministers von 1890 hatte angeordnet, die Sitte nicht mehr zu dulden, wonach Erwerber von Bauernhöfen ihre Familiennamen mit dem des Besitzes vertauschten. Wer ihn schon vorher führte, konnte ihn weiter vererben. In einzelnen Gegenden des Reichs gelten noch jetzt verschiedene Vorschriften auf diesem Gebiet.

— **4,16 Millionen Rundfunkhörer in Deutschland.** Die Anzahl der Rundfunkhörer in Deutschland ist bis zum 1. April nicht unbeträchtlich bis auf 4 168 440 gestiegen. Von diesen Hörern sind 356 873 von der Leistung der Gebühren befreit. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Arbeitslose, Blinde und Schwerkriegsverletzte. Auch in allen anderen Ländern erfreut sich der Rundfunk, wie man am Anwachsen der Höhrerzahl sieht, immer größeren Zuspruchs. Großbritannien steht mit 4,55 Millionen (ausschließlich USA.) an der Spitze. Japan hat nahezu eine Million erreicht und Kanada nahezu 600 000. Beachtenswert ist Schweden mit rund 565 000 Rundfunkhörern und Rumänien mit rund 550 000. In China wurden bezeichnenderweise nur 1483 Höhrer gezählt.

— **Alice Salomon, die Gründerin der ersten sozialen Frauenschule** in Deutschland und unter den Führerinnen für die soziale Erziehung und Arbeit der Frau eine der wirksamsten und eindrucksvollsten Persönlichkeiten, begeht am 19. d. M. ihren 60. Geburtstag. In Berlin geboren ist sie aus innerstem Beruf in die soziale Arbeit eingetreten und hat ihr mit dem Einsatz ihres ganzen Erlebens Richtung und Entwicklung erwirkt. Bereits 1893 hat sie sich den Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit in Berlin angeschlossen und seit jener Zeit ihr „wirkliches Leben" datiert. Von Jeanette Schwerin stark beeinflußt, erwuchs aus diesem Kreis der Gedanke der sozialen Frauenbildung. Alice Salomon gliederte den Gruppen Ausbildungskurse an, aus denen 1908 unter ihrer Leitung die Jahreskurse zu einer Sozialen Frauenschule mit zweijährigem Lehrgang entstanden. Im Jahre 1925, nachdem mehr als 30 Jahre ihres Lebens in dieser Arbeit steckten, ist der Schule und den verwandten weiblichen Fachschulen die Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit aufgebaut worden. In zahlreichen Schriften hat Alice Salomon ihre Gedanken für die Bildung der Frau zu sozialem Handeln niedergelegt. Ihre Arbeiten fanden auch außerhalb Deutschlands stärkste Beachtung. Seit 1909 ist sie Vorstandsmitglied des Internationalen Frauenbundes.

Wiesbaden-Bierstadt.

Witwe Christian Kaiser, Wiesbadener Straße 41 wohnhaft, feierte am Freitag ihren 81. Geburtstag.

Wiesbaden vor 50 Jahren.

Aus der Chronik des „Wiesbadener Tagblatts".

Wer den Pfennig nicht ehrt...

Die früher in Wiesbaden bestehende Pfennigsparkasse erfreute sich in der Bevölkerung allergrößter Beliebtheit. Ein Status per Ende Februar 1882 weist bei etwa 2000 Sparern (meist Handwerker, Tagelöhner, Kinder) einen Bestand von 7368.20 Mark auf. Das Vermögen der Kasse hatte die Stadtverwaltung in Depot genommen. Der Sparbetrag ist bei der Tatsache, daß allerkleinste Beträge bereits als Einlagen in Betracht kamen, überaus bemerkenswert.

Aus dem Theaterleben.

Vor 50 Jahren übte man an den Wiesbadener Theaterverhältnissen eine sehr starke Kritik. Wenn auch der Fleiß anerkannt wurde, so berichtet doch ein Chronist der damaligen Zeit, daß „dem aufmerksamen Besucher kaum verborgen bleiben, daß, so sehr man es auch versuche, es mit allerlei Experimenten zu bemänteln, der endliche Verfall des Wiesbadener Theaterlebens eine unausbleibliche Folge der Spielgestaltung und Darstellung sein werde. Kein Fach sei mehr den Anforderungen entsprechend besetzt, überall begegne man Versuchen, es mit „werdenden" Künstlern schaffen zu wollen. Da das Personal nicht ausreiche, werde eine Anzahl von Neuheiten überhaupt nicht aufgeführt."

Steuererlaß.

Für die Monate Juli bis September 1882 blieben sämtliche Stufen der Klassensteuern und die fünf untersten Stufen der Einkommensteuer unerhoben. Glückliches Wiesbaden!

Aus dem städtischen Etat.

Die Schulden der Stadt Wiesbaden beliefen sich im Jahre 1881/82 auf 6 664 200 Mark, dieselben erforderten an Zinsen und Tilgungsraten jährlich einen Betrag von 393 262 Mark. Hierzu hatten die städtischen Spezialverwaltungen: Wasserwerk, Gaswerk, Kurverwaltung 171 450 Mark beizutragen, so daß aus laufenden Einnahmen der städtischen Hauptverwaltung noch jährlich 221 812 Mark an Zinsen und Tilgungsraten aufzubringen waren.



Die „Fromme Helene" auf dem Briefstempel.

Briefstempel der Postbehörde in Hannover, der anläßlich des 100. Geburtstages von Wilhelm Busch auf die Gedächtnis-Ausstellung für Wilhelm Busch in Hannover hinweist und eine der populärsten Gestalten Buschs, die „Fromme Helene" zeigt.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* **Professor Albert Schweitzer spricht im Kurhaus.** Am Montag findet im Kurhaus ein einmaliger Vortragsabend von Professor Dr. Albert Schweitzer statt. Es steht außer Frage, daß der Bevölkerung unserer Stadt mit diesem Vortrag ein besonderer geistiger Genuß geboten wird. Professor Schweitzer, durch sein vielfältiges Auftreten in Wiesbaden als Redner und Organist bereits rühmlichst bekannt, hat als Dozent der Theologie in Straßburg begonnen, betätigte sich auch als Philosolph und schrieb allerlei Gedankenvolles über Kant. Zur Musik hingezogen, gelang ihm mit einer Bach-Biographie ein ganz großer Wurf. Schweitzer, Universitätsprofessor, Pfarrer, berühmter Orgelspieler und Arzt zugleich, hört von der Not der Neger in Zentralafrika und insbesondere das Problem der Schlafkrankheit beschäftigte ihn intensiv. Als einem unter Tausenden war es ihm klar, daß geholfen werden muß, und es gelingt ihm, ein großes Lazarett inmitten von Zentralafrika zu gründen. Seine Verdienste sind aber nicht nur für die Neger des Urwalds überragende, sondern er versteht es auch, als Philosoph und Gelehrter uns in unserer Zeit gesund zu machen.

* **Stadttheater Mainz.** Wochenspielplan: Sonntag, 17. April, 19.30 Uhr: „Der Biberpelz" („Neues Theater" Frankfurt a. M.). Montag, 18. April, 19.30 Uhr: „Fidelio". Dienstag 19. April, 20 Uhr: „Clavigo". Mittwoch, 20. April, 19.30 Uhr: „Liselott von der Pfalz". Donnerstag, 21. April, 19.30 Uhr: In neuer Einstudierung „Don Giovanni" von Mozart. Freitag, 22. April, 19.30 Uhr: „Othello". Samstag, 23. April, 19.30 Uhr: „Der Rosenkavalier". Sonntag, 24. April, 18 Uhr: „Siegfried".

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Geröllabsturz bei Cochem.

m. **Cochem** (Mosel), 15. April. Im Bergrutschgebiet stürzten oberhalb des Schreinereigebäudes wieder größere Geröllmassen ab. Überhaupt machen sich in letzter Zeit größere Verschiebungen bemerkbar, die sicher auf den starken Regen zurückzuführen sind. Durch diese dauernden Teilabstürze verliert der Berg immer mehr an Halt, so daß mit einem Gesamtabsturz immer mehr zu rechnen ist.

An der Kreissäge tödlich verunglückt.

= **Herseld**, 15. April. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in dem Kreisort Großmannsrode. Der 25jährige Landwirt und Schreinermeister Heinrich Schenk war an der Kreissäge beschäftigt. Als er nach längerer Zeit nicht wieder ins Haus zurückkehrte, sahen die Angehörigen nach und entdeckten ihn blutüberströmt mit einer schweren Kopfverletzung neben der Maschine. Der Bedauernswerte wurde sofort dem Landeskrankenhaus zugeführt, wo er bald nach der Einlieferung verstarb. Die schwere Verletzung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dem Mann ein Stück Holz mit großer Heftigkeit gegen den Kopf geflogen ist.

= **Osthofen** (Rheinh.), 15. April. In der Nähe des sogenannten Fischweihers an den Mühlheimer Wiesen ist der Seebachdamm durchbrochen. Die Gemeindeverwaltung hat sofort Maßnahmen ergriffen, um größeren Schäden vorzubeugen. Es wird vermutet, daß frevlerische Hände den Damm durchstochen haben.

= **Groß-Gerau**, 15. April. Die alte Ölfabrik Groß-Gerau, die seit langen Jahren schon still liegt, ist jetzt abgerissen worden, da der jetzige Besitzer, eine Schweizer Bank, nicht länger gewillt war, die Gebäudesteuer für die umfangreichen Fabrikbauten aufzubringen. Gestern wurde der Schornstein durch Sprengung umgelegt.

Gerichtssaal.

* **Dreifaches Todesurteil bestätigt.** Der erste Strafsenat des Reichsgerichts Leipzig hat die Revision des Knechtes Felix Schieder verworfen, der am 2. Februar d. J. vom Schwurgericht Weiden (Oberpfalz) wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt worden war. Schieder hatte am 19. Juli v. J. gemeinsam mit einem noch nicht ermittelten Täter, getrieben von fanatischem Haß, seinen Bruder und seine Schwägerin, die Gastwirtseheleute Schieder aus Wendersreuth (Oberpfalz), mit einem Beil erschlagen und schließlich auch noch, um die ganze Familie auszurotten, deren 1½jähr. Kind getötet.



In fünf deutschen Ländern wird am 24. April gewählt.
Die Regierungschefs der wählenden Länder. Oben: Braun (Preußen), Bürgermeister Petersen (Hamburg). Dr. Deist (Anhalt), Dr. Held (Bayern), Dr. Bolz (Württemberg).

Die Wissenschaft der Psychotechnik.

Jeder auf den richtigen Posten!

Was leistet die Eignungsprüfung?

In unserer Zeit einer Überfüllung nahezu sämtlicher Berufe und einer in diesem Umfang noch nie erlebten Arbeitslosigkeit ist es entscheidend wichtig, daß jeder junge Mensch den Beruf ergreift, in dem er persönlich die besten „Chancen" hat, das heißt, zu dem er sich am besten eignet. Auch Industrie, Handel usw. haben größtes Interesse daran, unter der Menge der Bewerber die tüchtigsten für den jeweiligen Posten herauszusuchen. Der nachstehende Artikel schildert den gegenwärtigen Stand der Forschung auf dem wichtigsten Gebiet der modernen „Psychotechnik."

Vor einiger Zeit hatten in der amerikanischen Kriegsmarine die Deserteure in so erschreckendem Maße zu genommen, daß in einem einzigen Jahre bei 86 000 Flottenangehörigen nicht weniger als 18 000 kriegsgerichtliche Verhandlungen erfolgen mußten. Aus diesen Zahlen schloß man, daß ein großer Teil der eingestellten Leute aus geistigen und körperlichen Gründen für den Dienst in der Flotte nicht geeignet sei, und daher schließlich desertierte. Auf Grund dieser Überlegung führte man besonders zusammengestellte Eignungs-Prüfungen bei der Marine ein, und prüfte damit zunächst einmal 500 Deserteure auf ihre besonderen Anlagen zum Dienst in der Flotte. Das Ergebnis war folgendes: von den untersuchten Leuten wären etwa der vierte Teil keinesfalls, und ein erheblicher weiterer Teil infolge des großen Andrangs der Bewerber ebenfalls nicht eingestellt worden, wenn man diese Ergebnisse der Eignungsprüfung schon früher gehabt hätte! Man führte daraufhin die Eignungsprüfung bei den Bewerbern für den Dienst in der Flotte allgemein ein und hat damit bisher recht gute Erfahrungen gemacht.

Aus diesem Beispiel geht die Bedeutung der Eignungsprüfung deutlich hervor, — bekanntlich haben jetzt auch in Deutschland fast sämtliche große Unternehmungen staatlicher und privater Art die Eignungsprüfungen eingeführt; außerdem spielen sie natürlich bei der Berufsberatung eine große Rolle. Man untersucht heute die Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedensten Industriezweige auf ihre speziellen Fähigkeiten, man prüft die zukünftigen kaufmännischen Angestellten, die Flieger, Kraftfahrer und Lokomotivführer, die Lehrlinge aller möglichen Handwerke usw. Eine eigene Wissenschaft, die „Psychotechnik", beschäftigt sich mit diesen Dingen, und arbeitet intensiv daran, für alle in Betracht kommenden Berufe entsprechende Prüfungsmethoden zu finden. Die Psychotechnik ist ein Zweiggebiet der Psychologie und erblickt ihre Aufgabe darin, Fähigkeiten eines Menschen mit Hilfe „technischer", das heißt objektiver Methoden zu prüfen und seine Eignung für einen bestimmten Beruf oder eine bestimmte Arbeit festzustellen.

Wie sich das nun im einzelnen anstellt, das ersehen wir vielleicht am besten aus einigen Beispielen. Nehmen wir zunächst einmal an, ein Schlosserlehrling soll auf seine Eignung zu diesem Beruf geprüft werden. Man wird ihn etwa vor einige Apparate führen, an denen er bestimmte Handgriffe (zum Beispiel Einsetzen eines Bolzen an eine bestimmte Stelle oder ähnliche Aufgaben) vornehmen muß, deren gute oder schlechte Ausführung einen Gradmesser für die Geschicklichkeit seiner Hände gibt. Dann prüft man etwa die Schärfe seiner Augen, durch Tastversuche das Feingefühl seiner Fingerspitzen, sein Gehör usw. Ferner werden durch verschiedene „Tests" (Prüfungsmethoden) die rein geistigen Qualitäten des Prüflings untersucht. Dabei wird man auch seine allgemeine Intelligenz durch geeignete Fragen und Aufgaben prüfen — es gibt heute eine unendliche Fülle von sogenannten Intelligenzaufgaben, die sich ja häufig in Zeitungen Zeitschriften finden. Ein Beispiel für eine solche Intelligenzaufgabe ist zum Beispiel das folgende: Zwei Araber haben sich auf ihrer Wanderung durch die Wüste zum Essen niedergesetzt. Der eine von ihnen führt drei, der andere fünf Brote mit sich. Es taucht ein Fremder auf und bittet, ihn mitessen zu lassen. Sein Wunsch wird erfüllt und man teilt den vorhandenen Vorrat in drei gleiche Teile. Als Bezahlung gibt der Gast den beiden Arabern acht Goldstücke, und diese sollen nunmehr gerecht verteilt werden. Wieviel Goldstücke bekommt nun jeder von den beiden? Die naheliegende Antwort lautet natürlich, daß entsprechend der Zahl der von jedem mitgeführten Brote der eine drei der andere fünf Goldstücke erhält. Die Lösung ist aber falsch: in Wirklichkeit bekommt der Besitzer der fünf Brote sieben, der andere nur ein Goldstück. (Erklärung: jeder Teilnehmer an dem Essen hat $^8/_3$ Brote bekommen. Der eine Araber hat von seinen $^{15}/_3$ Broten $^7/_3$ an den Fremden abgegeben, der andere aber von seinen $^8/_3$ Broten nur $^1/_3$. Dementsprechend bekommt der letztere auch nur ein Goldstück). — Als zweites Beispiel wollen wir eine Stenotypistin „prüfen." Man wird ihr zunächst etwa einen Text diktieren, der Lücken enthält und ihre Aufgabe besteht nun darin, diese Lücken sinngemäß zu ergänzen. Dann wird man ihr einen anderen Text angeben, der sinnwidriger Fehler enthält und sie muß nun diese Fehler ausmerzen. Die Fehlerlosigkeit und die Kürze der benötigten Zeit geben dann einen Maßstab für die geprüften Fähigkeiten. Um zu prüfen, ob die Stenotypistin in der Lage ist, während ihrer Arbeit auch andere Aufgaben (Bedienung des Telephons usw.) zu erledigen, wird man ihre Fähigkeit zur „Mehrfachhandlung" prüfen. Das geschieht zum Beispiel dadurch, daß man sie eine leichte Rechenaufgabe erledigen läßt und während des Rechnens eine Geschichte vorliest, die sie dann wiederzugeben hat. Auch der Stenotypistin wird man wieder Intelligenzaufgaben stellen, man wird ihr Gedächtnis für erhaltene Aufträge prüfen usw. — Die Zusammenfassung all dieser Untersuchungen ergibt dann schließlich ein Bild von der Gesamtpersönlichkeit des Prüflings . . . soweit es sich eben mit den Mitteln der Psychotechnik feststellen läßt.

Diese Mittel aber sind natürlich begrenzt, denn der Mensch ist ein viel zu kompliziertes Wesen, als daß man mit Hilfe dieser doch relativ einfachen Methoden seiner inneren Art wirklich auf den Grund kommen könnte. — Eigenschaften des Charakters und solche moralischer Art zum Beispiel entziehen sich derartigen Prüfungen fast völlig. Solche Feststellungen gehören aber auch nicht mehr zu den Aufgaben der Eignungsprüfung — sie hat lediglich dafür zu sorgen, daß mit ihrer Hilfe eine Auslese für den jeweils „richtigen" Beruf des Prüflings erfolgt, daß er also an der richtigen Stelle in den Arbeitsprozeß eingeschaltet wird. Natürlich kommen auch auf dem eigentlichen Gebiet der Psychotechnik gelegentlich Irrtümer vor, — manche Menschen eignen sich eben nicht für die „Eignungsprüfung": sie bekommen Examenangst, werden vor all den ungewohnten Apparaten und Maschinen unsicher usw. — kurz sie versagen unter Umständen bei einer Prüfung auf die gleichen Fähigkeiten, die sie vielleicht in Wirklichkeit in hervorragendem Maße besitzen und auch praktisch anwenden.

Ein gutes Beispiel dafür, was die Eignungsprüfung leisten kann und was nicht, stellen die außerordentlich wichtigen psychotechnischen Untersuchungen der Anwärter für verantwortliche Posten im Verkehrswesen dar, also Lokomotivführer, Flieger, Chauffeure usw. Bei einer solchen Prüfung wird etwa der zukünftige Lokomotivführer vor die Attrappe eines Führerstandes gesetzt und nun leuchten bestimmte Zeichen vor ihm auf, Klingelsignale ertönen usw. und er muß auf diese Zeichen (sie bedeuten etwa „Gefahr", „Halt", „Bremsen" usw.) mit den richtigen Handgriffen antworten. Gerade in letzter Zeit ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß ein solches Verhalten, namentlich der Gefahr gegenüber, wenig darüber aussagt, was der Prüfling im Ernstfalle tun würde. In die Prüfung nämlich geht er frisch und ausgeruht, ferner weiß er natürlich, daß die „Gefahr" nur eine angenommene ist und es entfällt daher das Moment der Angst. Nehmen wir aber nun an, daß der gleiche Prüfling, der etwa seine Eignungsprüfung hervorragend bestanden hat, nun eine Nacht hindurch den Zug geführt hat und plötzlich sieht er (wie „theoretisch" früher in der Eignungsprüfung) vor sich ein Hindernis auf den Schienen. Jetzt, im Ernstfalle, ist er aber müde und abgespannt, er steht nicht ruhig im Laboratorium, sondern auf der dahinrasenden Lokomotive — und außerdem wird er natürlich durch das plötzliche Auftauchen der Gefahr erschrecken und daher vielleicht zunächst unzweckmäßig handeln. Er kann also unter Umständen in diesem Ernstfall trotz der günstigen Resultate der Eignungsprüfung ganz falsch handeln — und umgekehrt.

In solchen Punkten wird also die Psychotechnik nicht selten versagen; dagegen kann sie sehr wohl feststellen, ob der Prüfling rasch genug auf Eindrücke reagiert, ob er sich überhaupt körperlich und seelisch für einen solchen Posten eignet, ob er intelligent ist usw.

In der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens hat die junge Wissenschaft der Psychotechnik schon sehr viel erreicht; sie hat für die vielen in Betracht kommenden Berufe und dort wieder für die verschiedenartigsten Tätigkeiten entsprechende Prüfungsmethoden erdacht und praktisch erprobt. Ihre große wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung steht also außer Zweifel, und sie hat schon in zahllosen Fällen dafür gesorgt, daß Irrtümer in der Berufswahl vermieden werden konnten und der gerade heute doppelt wichtigen Forderung Rechnung getragen wird: Jeder auf dem richtigen Posten!

Dr. W. Hoffmann.

Das S.A.-Verbot und die nationalsozialistische Parteileitung.

Interessante Ausführungen des Ministers Treviranus.

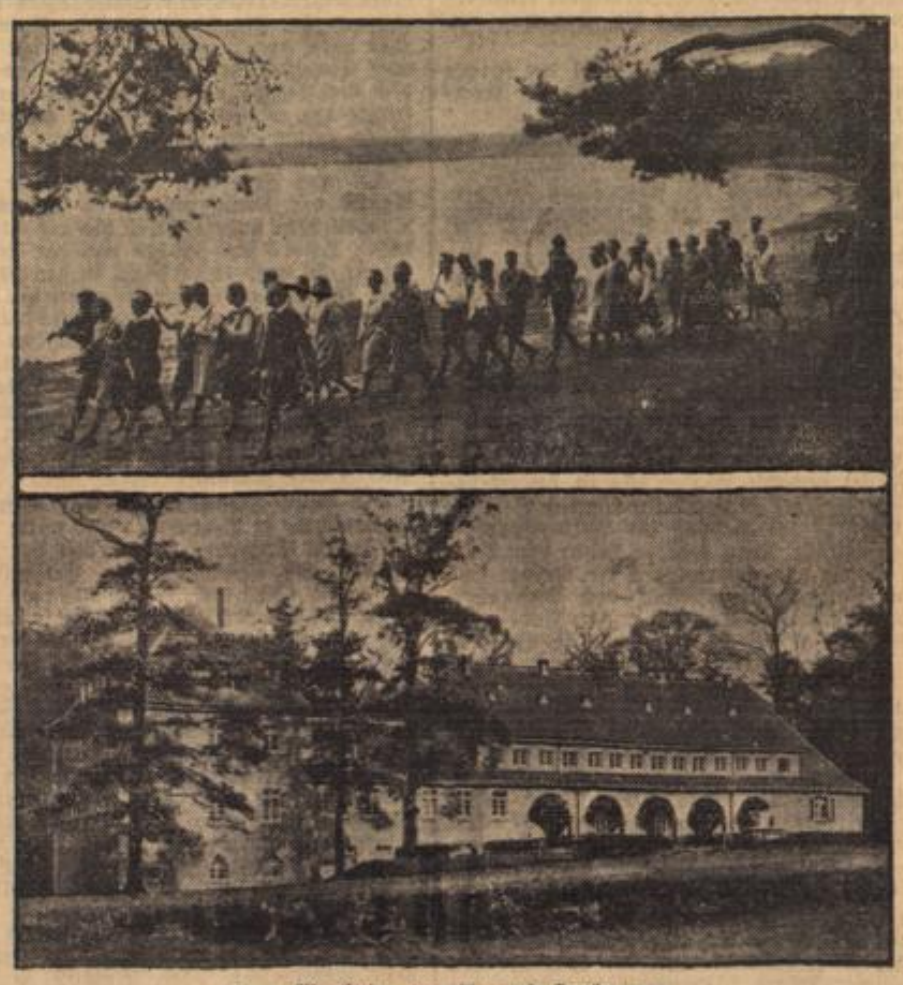
Essen, 15. April. Reichsverkehrsminister Treviranus äußerte sich auf einer Zusammenkunft mit Vertretern der westdeutschen Presse und der „Jungen Rechten" u. a. zu dem Verbot der SA.- und SS.-Formationen.

Ich erinnere daran, sagte der Minister, daß deutschnationale Kreise seinerzeit dem Reichspräsidenten Ebert die Forderung gestellt haben, daß er gerade, wenn es sich um seine eigenen Freunde handle, seine Pflicht als Reichsoberhaupt ohne Rücksicht auf persönliche Empfindungen erfüllen und deshalb den Befehl erteilen müsse, die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen anzuordnen.

Der Minister teilte mit, daß die bayerische Staatsregierung schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt habe, das SA.-Verbot in Bayern durchzuführen. Er erklärte auch, daß er bestimmt wisse, daß die nationalsozialistische Führung außerordentlich dankbar sei für die Beseitigung dieses Unruheherdes, innerhalb der NSDAP. Davon abgesehen erfahre sie durch das Verbot eine große finanzielle Erleichterung.

Einen Vergleich der SA. mit dem Reichsbanner hinsichtlich des Charakters als eines Staates im Staate lehnte der Minister ab. Wenn man einen Vergleich ziehen wolle, so könnte man die SA. nur mit dem 1929 verbotenen Rotfrontkämpferbund vergleichen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bezeichnete der Minister die Reichsreform als die dringlichste aller Aufgaben. Der Dualismus Reich-Preußen müsse verschwinden. Mit dem jüngsten Beschluß des Landtags, die Geschäftsordnung zu ändern, erklärte sich der Redner nicht einverstanden.



Zum Werbetag der Jugend-Herbergen.
Oben: Mit Sang und Klang auf die Wanderschaft. Unten: Die Jugendherberge des Gaues Münsterland in Sinsen. — Am 16. und 17. April veranstaltet der Verband für Jugend-Herbergen im ganzen Reichsgebiet einen Werbetag, dessen Ertrag dem Ausbau und der Erhaltung der deutschen Jugendherbergs-Bewegung zugute kommen soll.

Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Süddeutsche Meisterschaft.

Gruppe Nordwest.

Worms: Wormatia — Eintracht Frankfurt!
Frankfurt: FSV. — SV. Waldhof!
Mannheim: VfL. Neckarau — FSV. 1905 Mainz.
Pirmasens: FK. — FV. Saarbrücken.

Nunmehr ist der bedeutungsvolle Sonntag herangenaht, an dem die bereits als Favoriten der süddeutschen Meisterschaft bezeichneten Vereine ihre endgültige Plazierung sicherstellen und durch entscheidende Siege über die in dieser Saison besonders hartnäckigen und aktiven Gegnerschaften den Schlußstrich unter ein umfangreiches, mühsam bewältigtes, aber erfolgreich absolviertes Arbeitspensum auf der sportlichen Aktivseite dieses Jahres ziehen sollen. Die Fronten sind klar abgezeichnet. Gelingt es Eintracht Frankfurt im Wormser Stadion Wormatia zu schlagen, dann ist sie Meister, gewinnt der FSV. Frankfurt zu Hause gegen den SV. Waldhof nur einen Punkt, dann ist er Zweiter und an den weiteren Schlußkämpfen teilnahmeberechtigt. Wird die Eintracht aber in Worms bezwungen — eine solche Kalkulation ist durchaus nicht von der Hand zu weisen — dann bleibt dem Mainmeister als letzte Chance immer noch das sichere Heimspiel gegen FK. Pirmasens, während wiederum Wormatia bei einem Doppelgewinn der Punkte zu dem FSV. Frankfurt aufrücken würde, falls dieser gegen SV. Waldhof unterliegt. Schließlich soll der Vollständigkeit halber noch auf die Aussichten der Bornheimer auf den 1. Platz hingewiesen werden, sofern Eintracht ihre beiden letzten Spiele verliert, eine Möglichkeit, die mit 90 Prozent Gewißheit — nicht eintreten wird. Wie dem auch sei, der morgige Sonntag wird noch einmal Großkämpfe in Hülle und Fülle in seinem Gefolge haben. Die beiden restlichen Treffen sind von untergeordneter Bedeutung. VfL. Neckarau gewinnt unter Umständen durch einen (wahrscheinlichen) Sieg über FSV. 1905 Mainz den 3. Platz, während FK. Pirmasens schon durch Teilerfolg gegen den FV. Saarbrücken das Tabellenende einer anderen Mannschaft überläßt.

Gruppe Südost:

Nürnberg: 1. FK. — 1860 München!
München: Bayern — SpVgg. Fürth!
Pforzheim: 1. FK. — VfB. Stuttgart.
Rastatt: FV. 1904 — FV. Karlsruhe.

In der Südgruppe ist die Situation insofern geklärt, als in „Klub" und Bayern München die Vertreter feststehen. Kein anderer Verein vermag die eben genannten Mannschaften in der Punktzahl zu erreichen. Dagegen ist die Meisterschaftsfrage als solche noch nicht geklärt. Die Nürnberger und Münchener führen mit je 18 Punkten. Allerdings hat „Bayern" ein Spiel weniger, das in 8 Tagen auf dem Platz des 1. FK. Pforzheim auszutragen ist. Der Ausgang dieser schweren Partie ist ebenso ungewiß, wie der Verlauf des morgigen Großkampfes gegen die zwar auf der ganzen Linie geschlagene, aber trotzdem immer noch sehr gefürchtete SpVgg. Fürth, die in München ihr Prestige zu wahren sucht. Der 1. FK. Nürnberg dagegen trägt morgen sein letztes Spiel aus, das ihm auf eignem Boden 1860 München als sehr ernst zu nehmende, aber durchaus schlagbare Gegnerschaft offeriert. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Nürnberger die zum Schluß der Meisterschaften gebotene Chance entgehen lassen werden, so daß sich heute schlecht sagen läßt, wer in Abteilung Süd das Rennen machen wird. Der 1. FK. Pforzheim sollte zu Hause gegen den an letzter Stelle liegenden VfB. Stuttgart wenigstens ein Unentschieden herausholen können, im Rastatter Treffen spielt wieder der Platzvorteil des FV. 1904 eine wichtige Rolle.

Um den Verbands-Pokal.

Schlußspiel:

Stuttgart: Kickers — Amicitia Viernheim.

Nach dem unerwarteten Ausscheiden des ungeschlagenen main-hessischen Pokalmeisters Union Niederrad sowie der Teutonia München stehen sich morgen in Stuttgart die Endspielteilnehmer im Kampf um den süddeutschen Pokal gegenüber. Bekanntlich berechtigt der Titel „Süddeutscher Pokalmeister" zur Beteiligung an den Ausscheidungsspielen um den 3. süddeutschen Platz mit den Tabellenzweiten der Gruppen Nord und Süd. Die Aussichten, den Pokal zu gewinnen, liegen allem Anschein nach bei den Stuttgarter Kickers, die in den letzten Monaten einen bemerkenswerten Formaufstieg zu verzeichnen haben, aber morgen neben ihrem ausgezeichneten technischen Rüstzeug auch die nötige Stabilität und Härte mitbringen müssen, um der stark in den Vordergrund getretenen Überraschungsmannschaft Amicitia Viernheim, die während ihrer erst einjährigen Zugehörigkeit zur 1. Klasse auf eine Reihe beachtlicher Erfolge zurückblicken kann, mit dem erforderlichen Nachdruck die Stirn zu bieten. Auf den Ausgang dieser Partie darf man gespannt sein.

Die letzten Pokalspiele in den einzelnen Gruppen verfallen der Bedeutungslosigkeit. Im Bezirk Main-Hessen steigt der letzte Kampf zwischen Kickers Offenbach und Viktoria Urberach, der wohl mit einem Sieg des Platzvereins enden wird.

Der Privatspielbetrieb hat am Sonntag keine größere Ausdehnung.

Im Reich sind gleichfalls wichtige Entscheidungen fällig. Wir greifen das Endspiel um die mitteldeutsche Meisterschaft (in Leipzig) zwischen dem Titelverteidiger SK. Dresden und Polizei-SV. Chemnitz heraus. In Westdeutschland ist FK. 1904 Schalke startbereit, in Norddeutschland tritt der SV. Hamburg seinem alten Rivalen Altona 1893 gegenüber. — Im Ausland steigen die Länderspiele Holland — Belgien und Schweiz — Tschechoslowakei.

Die süddeutschen Aufstiegsspiele

werden in sechs Gruppen fortgeführt. Wir erwähnen die Treffen VfR. Schweinfurt — SpVgg. Erlangen in Nordbayern, FV. 1894 Ulm — BSK. Augsburg, SpVgg. München — SpVgg. Landshut in Südbayern, Frankonia Karlsruhe — FV. Offenburg, SpVgg. Freiburg — SpVgg. Trossingen in Baden, SK. Stuttgart — Normannia Gmünd in Württemberg, VfR. Kaiserslautern — FC. 1903 Ludwigshafen am Rhein und Pfalz Pirmasens — SV. Völklingen, FV. Saarbrücken — SV. Algenrodt in der Gruppe Saar.

Wiesbadener Spiele.

Sportverein kombiniert — FV. 1902 Biebrich.
Spielvereinigung — FK. Germania Okriftel.

Da die Liga des Sportvereins am Sonntag spielfrei ist, wurde für den heutigen Samstag eine Freundschaftspartie gegen die spielstarke Kreisligaelf des FV. 1902 Biebrich in das Wettspielprogramm aufgenommen. Der SVW. stellt zu diesem Treffen eine kombinierte Mannschaft, die in folgender Aufstellung antreten wird: Fischer II.; Vogl, Rößler; Neumann, Habermann, Linn; Pischzek, Schreier, Staudt, Kraus, Schulmeyer. Die Gäste, denen ein guter Ruf vorausgeht, werden gegen diese Einheit gerade keinen leichten Stand, dafür aber den begreiflichen Ehrgeiz haben, gegen den Sportverein ein annehmbares Ergebnis zu erzwingen. Anstoß um 5.30 Uhr auf dem Reichsbahnplatz.

Die Spielvereinigung hat sich für Sonntag keinen geringeren als den Kreisligameister des Westmains verpflichtet. Die Spielstärke dieser Mannschaft beweisen am besten die Resultate der letzten Wochen: gegen Opel Rüsselsheim 7:1, gegen Mombach 4:1 gewonnen, und gegen die spielstarke Pokalmannschaft des FSV. Frankfurt 2:2. Die Einheimischen müssen sich schon gewaltig strecken, um gegen diesen Gegner ehrenvoll zu bestehen. Spielbeginn 11 Uhr auf dem Sportplatz an der Lessingstraße.

Die 2. Mannschaft des Sportvereins weilt am Sonntag in Bad Schwalbach beim SV. SK. Nassau hat sich für den Sonntag den SK. Amicitia Hattersheim verpflichtet. Die Gäste spielen in der A-Klasse Main-Taunus eine gute Rolle und dürften einen stabilen Gegner abgeben. Das Spiel findet um 10.30 Uhr auf dem Sportplatz Gersdorffstraße (Tribünenseite) statt. Heute Samstagabend 8.30 Uhr tritt der SK. Nassau im Vereinslokal „Heidelberger Faß", Hellmundstraße, zu seiner diesjährigen Generalversammlung zusammen, zu der in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung allgemeines Erscheinen der Mitglieder unbedingtes Erfordernis ist.

Die Kickers spielen heute Samstag auf ihrem Platz an der Gersdorffstraße gegen den FV. Sonnenberg-Rambach, der durch seinen Sieg über die hiesige SpVgg. hervorgetreten ist. Anstoß um 5.30 Uhr. Die 2. Mannschaft der Kickers hat am Sonntag die gleiche Garnitur des FK. Naurod zu Gast. — SV. 1919 Biebrich empfängt morgen mit zwei Mannschaften den SK. Dotzheim. Der Spielausgang ist absolut ungewiß. Anstoß der 2. Mannschaft um 9.30 Uhr, der 1. Mannschaft um 11 Uhr auf dem Dyckerhoffplatz. — SV. 1910 Dotzheim trägt mit zwei Mannschaften die fälligen Rückspiele in Kreuznach gegen FSV. 1907 aus. Die Wiesbadener werden sich sehr anstrengen müssen, um gute Ergebnisse zu erzielen. — Die 2. und 3. Mannschaft des FV. 1902 Biebrich spielen um 1.15 bzw. 3 Uhr auf dem Sportplatz an der Nassauer Straße gegen die 1. bzw. 2. Mannschaft des SV. Bodenheim.

Um den Aufstieg.

FSV. 1908 Schierstein — SV. Niederselters.

Der Rheingaumeister bestreitet morgen nachmittag um 3 Uhr sein zweites Aufstiegspiel. Er wird den Gastverein aus Niederselters sehr beachten müssen, gelang es doch diesem vor acht Tagen, der SpVgg. Hochheim eine schwere Niederlage beizubringen. Trotzdem darf angenommen werden, daß die Platzelf über die bessere Technik wie über das größere Stehvermögen verfügen wird, Faktoren, die einschließlich des Platzvorteils für einen Sieg über den hier unbekannten Gegner ausschlaggebend sein müssen. Vorher, um 1.15 Uhr, empfängt die 2. Mannschaft des FSV. 1908 die Spielvereinigung Wiesbaden zu einem Privatspiel. — Sämtliche Jugendspiele fallen wegen des Frühjahrswaldlaufes aus. Es herrscht Spielverbot.

Handball D.T.

Stand der DT.-Meisterschaften.

Die Entscheidungen bei den Kreisendspielen um die Teilnahmeberechtigung an der DT.-Endrunde sind überall gefallen. Nunmehr tritt das auf der Stralsunder Kreiswartetagung getroffene Abkommen in Kraft, d. h. statt der bisher an den Endspielen beteiligten 18 Kreismeistermannschaften werden in diesem Jahr insgesamt 32 Kreisvertreter teilnehmen. Jeder Kreis erhielt das Recht, für je 300 Handballvereine eine Mannschaft in die deutschen DT.-Schlußkämpfe zu entsenden. Hieraus ergibt sich, daß außer Brandenburg, Rheinland, Sachsen, Westfalen, auch der Kreis Mittelrhein drei Eisen im Feuer liegen hat. Die übrigen Kreise entsenden eine bzw. zwei Einheiten. In dieser Saison haben sich folgende DT.-Mannschaften in die Endspiele durchzusetzen vermocht:

Kreis	I	(Nordosten): MTV. 1842 Königsberg;
„	II	(Schlesien): MTV. Deutsch-Lissa;
„	IIIa	(Pommern): MTV. Greifenberg;
„	IIIb	(Brandenburg): Tgd. in Berlin, Askanischer Tv. Berlin, Tv. 1861 Kottbus;
„	IIIc	(Sachsen und Anhalt): Tv. Eilenburg;
„	VI	(Norden): Polizei-SV. Kiel, Tv. Hasse-Winterbek;
„	V	(Unter-Weser-Ems): Bremer Tgd.;
„	VI	(Hannover-Braunschweig): TK. Limmer, MTV. Herrenhausen;
„	VII	(Oberweser): Jahn Eschwege;
„	VIIIa	(Westfalen): VfL. Hagen, Tv. Künsebeck,
„	VIIIb	(Rheinland): Tv. 1870 Kettwig, Polizei-SV. Köln, TFK. Niederpleis-Siegburg;
„	IX	(Mittelrhein): Tv. Algenrodt, Tv. Herrnsheim, Tgd. Niederroden;
„	X	(Baden): Tv. Durlach;
„	XI	(Württemberg): TSV. Eßlingen, Tgd. Göppingen;
„	XII	(Bayern): Tv. 1860 Fürth;
„	XIII	(Thüringen): ATG. Gera, Tschft. Wartburg-Eisenach;
„	XIV	(Sachsen): Tgd. Pirna, ATV. Plauen, ATV. Leipzig-Schönefeld;
„	Pfalz:	Tv. 1861 Zweibrücken.

Trotz der Erleichterung, die den Titelverteidigern der Kreise in der erheblich verbreiterten Operationsbasis durch die Erhöhung der Zahl der Endspielteilnehmer zugute kam, blieben nach äußerst spannenden und interessanten Kämpfen zehn Kreismeister des Vorjahres unplaziert! Nur acht Mannschaften fanden sich zum Endspurt wieder ein: Tgd. in Berlin, Polizei Kiel, Tgd. Bremen, Tv. Algenrodt, TSV. Eßlingen, Jahn Eschwege, Tschft. Wartburg-Eisenach und Tv. 1860 Fürth. Die größte Überraschung bildete wohl das frühzeitige Ausscheiden des DT.-Meisters Tv. Krefeld-Oppum sowie das Scheitern des zehnfachen schlesischen Meisters Tv. Vorwärts Breslau. Für diese und andere unplazierte Mannschaften von Rang qualifizierten sich zumeist unbekannte kleinere Vereine, ein Zeichen, mit welchen Anstrengungen seitens der DT.-Vertretungen auf dem Lande gearbeitet wurde, um mit an die Spitze der führenden Klasse zu gelangen.

Am 17. April ist die Vorrunde fällig. Die weiteren Schlußspiele steigen am 1., 8. und 22. Mai. Da das Pokalsystem zur Anwendung gelangt, scheidet die unterlegene Partei sofort aus. Am 5. Juni wird das Endspiel der Turnerhandballer ausgetragen. Der Sieger dieses Treffens hat als Handballmeister der DT. am 19. Juni gegen den Handballmeister der DSV. im Kampf um die Deutsche Handballmeisterschaft in die Schranken zu treten.

Nach dem bereits stattgefundenen ersten Vorpostengefecht zwischen Jahn Eschwege und TFK. Niederpleis-Siegburg, das mit einem 5:4-Sieg des TFK. endete, beginnt morgen Sonntag die eigentliche

Vorrunde der DT.-Meisterschaft.

Die Teilnehmer stehen sich wie folgt gegenüber:

Hagen:	VfL. 1863 — Polizei-SV. Köln.
Hannover:	TK. Limmer — Tv. Künsebek.
Bremen:	Tgd. — Polizei-SV. Kiel.
Kiel:	Tv. Hasse-Winterbek — MTV. Herrenhausen.
Königsberg:	MTV. — Tgd. in Berlin.
Breslau:	MTV. Deutsch-Lissa — Tgd. Pirna.
Eisenach:	Tschft. Wartburg-Eisenach — Jahn Eilenburg.
Greifenberg:	MTV. — Askanischer Tv. Berlin.
Kottbus:	Tv. 1861 — ATV. Leipzig-Schönefeld.
Plauen:	ATV. — ATG. Gera.
Göppingen:	Tgd. — Tv. 1860 Fürth.
Durlach:	Tbd. — TSV. Eßlingen.
Zweibrücken:	Tv. — Tgd. Niederroden.
Algenrodt:	Tv. — Tv. Siegen.
Essen:	Tv. 1870 Kettwig — Tv. Herrnsheim.

Das leichteste Spiel hat anscheinend der Kreismeister Tv. Algenrodt, der zu Hause den Tv. Siegen empfängt. Letzterer erkämpfte sich durch einen 10:5-Sieg über den Tv. Detmold den 3. Platz im Kreis Westfalen, ohne jedoch mit eindrucksvollen Leistungen aufgewartet zu haben. Aus diesem Grunde darf man annehmen, daß sich der Tv. Algenrodt, der zudem noch Platzvorteil hat, durchsetzen wird. Dagegen dürfte die Tgd. Niederroden in Zweibrücken gegen den Pfalzmeister kaum an einer Niederlage vorbeikommen, zumal sie noch ohne ihren besten Stürmer, den Linksaußen Simon, antreten wird. Die Qualität des Tv. Zweibrücken geht allein aus der Tatsache hervor, daß er im Endspiel um die Kreismeisterschaft den zweifachen DT.-Meister Tv. Friesenheim knapp mit 5:4 schlug. Einen noch schwereren Kampf hat der Tv. Herrnsheim vor sich, der in Essen dem Rheinlandmeister Tv. 1870 Kettwig gegenübertritt. Bekanntlich war es Kettwig, der den DT.-Meister, Tv. Krefeld-Oppum, aus dem diesjährigen Rennen warf, um anschließend im Schlußkampf um die Rheinlandmeisterschaft dem spielstarken Polizei-SV. Köln mit 5:3 das Nachsehen zu geben. Die Herrnsheimer werden daher wohl auf eine sehr harte Belastungsprobe gestellt. Wenn sie trotzdem nicht ganz ohne Chance nach Essen fahren, so nur darum, weil sie über ein ganz ausgezeichnetes Spielermaterial verfügen, das diesmal freilich den Nachweis größter Stabilität und Konzentration erbringen muß.

Wiesbadener Privatspiele.

Tv. 1846 Biebrich — SV. Wiesbaden.
Eintracht Wiesbaden — Tgd. Darmstadt.
Tgd. Schierstein — Tv. Weisenau.

Mit großer Spannung sieht man am Platze dem Retourwettspiel des Tv. 1846 Biebrich mit dem Sportverein entgegen, das am Sonntag um 3 Uhr auf dem Dyckerhoffplatz in Biebrich ausgetragen wird. Das Vorspiel endete bekanntlich mit einem eindrucksvollen Sieg der Sportvereinler, doch ist der Ausgang der neuerlichen Kraftprobe zwischen den führenden hiesigen DT.- und DSV.-Vertretern von vornherein nicht ohne weiteres bestimmt, da speziell von der Platzelf die größten Anstrengungen unternommen werden dürften, um ein wesentlich günstigeres Ergebnis, als im Vorspiel, zu erzielen. Die Sportvereinler erscheinen mit Mund; Kromer, Hauser; Müller, Dielmann, Rieg; Gäng, Collenbusch, Schwarz, Kern, Zimmerschied. Die Platzelf wird wohl ihre stärkste Vertretung herausbringen.

Eintracht hat am Sonntag die Tgd. Darmstadt mit zwei Mannschaften auf dem Reichsbahnplatz zu Gast. Wie alle Darmstädter Vertreter verfügt auch die Tgd. über eine außerordentliche Spielstärke, so daß sich die Einheimischen schon die größte Mühe geben müssen, wenn sie ihren Vorspielsieg aus dem Jahre 1928 wiederholen wollen. Seinerzeit konnte Eintracht mit ihrer bekannten Mannschaft: Fischer; Fuchs, Angsten; Bauer, Bender, Laube; Zammert, Ries, Friedrich, Maulhardt, Horn die Tgd. nach hartem Kampf in Darmstadt mit 10:8 besiegen. Morgen stellt die Eintracht: Fischer; Fuchs, Clouffier; Dechsle I, Schneider II, Wessel; Zimmerschied, Ries, Friedrich, Geipel, Fliegen, spielt also ohne Bauer, Fleinert und Engelhaupt. Trotzdem sind die Aussichten der Eintracht, nach den letzten Spielen zu urteilen, nicht schlecht. Anwurf um 11 Uhr. Die Reserven beider Vereine spielen um 10 Uhr. Die Wiesbadener siegten im Vorspiel mit 9:7.

Tgd. Schierstein hat in Tv. Weisenau gleichfalls eine spielstarke Einheit zu Gast, die ebenbürtigen Widerstand leisten dürfte. Anwurf um 1.45 Uhr (2. Mannschaften) und um 3 Uhr (1. Mannschaften) auf dem Sportplatz an der Turnhalle.

Tv. Erbenheim hat die 2. Mannschaft des Wiesbadener Turnerbundes in der Aufstellung Letzerich; Phenn, Stroh; Hennemann, Ferdinand II, Wachsmuth; Martin, Scherf, Ehmig, Kupfer und Herr um 3 Uhr in Erbenheim zu Gast. Die Wiesbadener treffen sich um zwei Uhr an der Hauptpost, Haltestelle Straßenbahn.

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt".

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Lerlich; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den übrigen Schriftteil: F. Günther; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornauf, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Vulkane — die Sicherheitsventile der Erde.

Die schweren Vulkanausbrüche in den Anden erinnern uns daran, daß man die Vulkane die Sicherheitsventile der Erdrinde genannt hat. Diese Ausbrüche, so schreckliche Folgen sie auch nach sich ziehen, dürften das so häufig von Erdbeben heimgesuchte Gebiet vor noch schwereren Erschütterungen bewahrt haben, die aus den inneren Spannungen der Erde drohten. Es gibt ja in der Decke unseres Planeten schwache Stellen und Linien, durch die die glühenden Stoffe des Inneren ganz plötzlich durchbrechen können. Solche Gebiete finden sich besonders an den, geologisch gesprochen, „neuen" Bergketten der Erde, die sich zu einer Zeit aufgefaltet und aufgetürmt haben, die viel später liegt als der übrigen geologischen Formationen. Das wichtigste dieser neuen Gebirgssysteme ist der Kreis, der fast vollständig den Stillen Ozean begrenzt und die Kordilleren von Nord- und Südamerika, die japanischen und malaiischen Gebiete und die Nord-Insel von Neuseeland umfaßt. Der Gürtel dieser jungen Gebirge ist besonders stark Erdbeben ausgesetzt und wird begleitet von dem sogenannten „Feuer-Gürtel", der mit den Vulkanen der Anden-Küste, der Linie von Kalifornien nach Alaska, des Aleuten-Bogen, von Japan, Ostindien, Neuseeland und sogar mit dem Mount Erebus im Südpolarkreis besetzt ist. Bei anderen neuen Gebirgsformationen, wie den Alpen und den Karpathen, ist die vulkanische Tätigkeit tatsächlich erloschen, aber in dem Bogen der Apenninen und um das Tyrrhenische Meer besteht noch ein „Feuergürtel", der neben anderen Vulkanen den Vesuv, Aetna und Stromboli umfaßt. Eine heftige vulkanische Tätigkeit in den Anden konnte nach der Art dieser geologischen Bildung nicht unerwartet sein. Vulkane sind ja manchmal für lange Zeit ruhig; man glaubt, daß sie erloschen sind, weil seit Menschengedenken nichts mehr von ihrer Tätigkeit bekannt geworden ist, und dann plötzlich erfolgt ein gewaltiger und um so überraschenderer Ausbruch. Die Berichte über die Erscheinungen, die die gegenwärtige Katastrophe ankündigten, sind uns wohlbekannt. Wir hören von einem dumpfen Donnern, das wie Gewehrfeuer klang, von Aschenregen, der so dicht war, daß er sogar vollkommene Finsternis hervorrief, und von der Gefahr der Erstickung durch giftige Dämpfe, die dann später eintrat. Der argentinische Astronom Martin Gil hat die außerordentliche Ähnlichkeit mit den Berichten betont, die wir von dem berühmtesten Vulkanausbruch des Altertums, dem des Vesuvs haben, der Pompeji und Herkulaneum zerstörte. Auch damals ging nach den Angaben des älteren Plinius plötzlich ein Aschenregen voraus.

Die Tragödie, die die damals so blühende Stätte plötzlich unter einem Lavastrom begrub, ist von den Geologen lange nicht verstanden worden. Sie waren nur mit der Tätigkeit von Vulkanen vertraut, deren Lavamassen langsam überquellen und sich allmählich verbreiten und zwar unter Begleitung zahlreicher Ausbrüche von Dampf. Erst die Katastrophe, die die Insel von Martinique in Westindien im Mai 1902 heimsuchte, bot eine Parallele zu dem antiken Ausbruch des Vesuvs. Der „Kork", der den Krater des Vulkans wie eine Flasche schloß, wurde plötzlich durch einen glühenden Strom ausgestoßen, und riesige Dampfmassen, die mit Felsstückchen in Gestalt von weißglühendem Staub geladen waren, fluteten den Bergabhang herunter und überwältigten die Stadt St. Pierre. Nächtiges Dunkel breitete sich zu Mittag über das Land, und alles Leben wurde vernichtet, alles Verbrennbare zerstört und die Stadt mit feinem Staub überdeckt. Von einer Bevölkerung von 30 000 Menschen war der einzige Überlebende ein Mann, der in der unterirdischen Zelle des Gefängnisses eingesperrt gewesen war. So wiederholte sich die Tragödie von Pompeji auf Martinique. Auch bei dem jetzigen Ausbruch wird von ungeheuren Aschenmassen berichtet, die sich über weite Strecken verbreiteten, und dieses große Gebiet, das von dem glühenden Staub erfaßt wurde, erinnert an ganz andere gewaltige Ausbrüche, die ähnliche Erscheinungen hervorriefen. Im Jahre 1883 wurde ein großer Teil der Insel Krakatau in Ostindien durch ein Vulkan in die Luft geschleudert. Die dadurch hervorgerufenen Luftwellen umkreisten siebenmal den Erdball, wie aus barometrischen Störungen festgestellt werden konnte und der Staub, den die Wellen mit sich führten, lief dreimal um die Erde und brachte merkwürdige Beleuchtungswirkungen hervor, die Sonnenauf- und untergänge waren besonders leuchtend, und der Mond war bei einer folgenden Finsternis vollständig verdunkelt. Ähnliche Folgen hatte der gewaltige Ausbruch des Katmai auf Alaska im Jahre 1912, der auf eine Entfernung von mehr als 1300 Kilometer gehört wurde. Man hat angenommen, daß acht Kubikkilometer glühender Masse damals ausgeworfen wurden und der Staub mindestens auf eine Entfernung von 2000 Kilometer fortgetragen wurde. Diese Staubmassen verdunkelten das Licht der Sonne auf der ganzen Erde, an manchen Orten bis zu 5 Prozent. Der Direktor der La Plata-Sternwarte, Dr. Hartmann, nimmt an, daß die vulkanischen Wolken, die durch den neuen Ausbruch hervorgerufen wurden, sich innerhalb 48 Stunden bis nach Europa fortbewegt haben können, und es ist zu erwarten, daß der südamerikanische Vulkan-Ausbruch ebenfalls interessante Beleuchtungs-Effekte am Himmel hervorrufen wird, sodaß auch wir etwas von dieser so weit entfernten Katastrophe zu spüren bekommen.



führt durch die



Kassenstunden: 9–1 u. 3–6 Uhr

Wiesbaden
Adelheidstr. 28
Fernspr. 24231
Posts checkkonto: Frankf. am M. 24001

1/8 zu 5 RM für jede Klasse der **Preuß.-Südd. Klassenlotterie** verspr. gem. § 9 d. amtl. Plans einen Gewinn von

100000 RM netto.

Neu ist die Vermehrung der **Mittelgewinne** durch Einführ. d. **100 Schlußprämien**

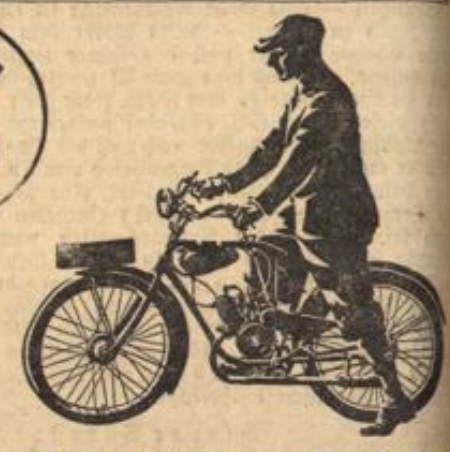
zu je **3000** RM **Ziehung 1. Klasse: 22. und 23. April**

Es lohnt sich wirklich! Greifen Sie zu!

1/8 : 5.–, 1/4 : 10.–, 1/2 : 20.–, 1/1 : 40.– RM

Auskunft — auch telefonisch — u. Spielpläne kostenlos während der Kassenstunden!

2652



Jeder kann ein Kraftfahrzeug besitzen!

Fahrrad mit **SACHS-MOTOR** MODELL 1932

Einfacher als ein Auto • Sicherer als ein Motorrad • Billiger als jedes andere Verkehrsmittel!

Jeder Fahrradhändler führt es Ihnen unverbindlich vor

F357 **FICHTEL & SACHS AG · SCHWEINFURT-M**

Am **19. April 1932, vorm. 9.30 Uhr** werden an der Gerichtsstelle, Kirchg. 15, Zimmer 208, die in Wiesbaden-Sonnenberg belegenen Grundstücke, bebauter Hofraum und Hausgarten, Elisenhöhe 6, und Hofraum Kais.-Wilhelm-Straße zwangsweise versteigert.
Eigentümerin: Die Ehefrau des Kaufmanns **Phil. Weinig**, Emma geb. Fischenich in Wiesbaden-Sonnenberg. F622

Wiesbaden, Amtsgericht 6a.

Am **19. April 1932, vorm. 10 Uhr** werden an der Gerichtsstelle, Kirchgasse 15, Zimmer 208, die in Schierstein belegenen Acker und Weinberge zwangsweise versteigert.
Eigentümer: Landwirt **Philipp Rensland jen.** in Wiesbaden-Schierstein. F622

Wiesbaden, Amtsgericht 6a.

Öffentliche Mahnung.

Die rückständige staatliche Steuer vom Grundvermögen, der 100prozent. staatliche Zuschlag zur Grundvermögensteuer, die Hauszinssteuer, der städtische Zuschlag zur Grundvermögensteuer, die Gebühren für Müllabfuhr sowie die Kosten für Sandfangreinigung für den Monat April 1932, das Schulgeld für die städtischen Mittel-, höheren-, Frauen-, Handels-, Handwerker- und Kunstgewerbeschulen für den Monat April 1932, die Bürgersteuer, die im April 1932 fälligen Raten sind, sofern sie nicht gestundet sind, nebst den bereits entstandenen Verzugszinsen nunmehr bis zum 20. d. M. zu entrichten.
Vom 21. d. M. an werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen.
Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post muß der Betrag spätestens an dem obengenannten Tage den Kassen portofrei zugeführt worden sein.

Wiesbaden, 15. April 1932. F603

Städtische Steuerkasse.

Grundstücksverpachtung.

Der Spielplatz im Distrikt „Nonnentrift" ist sofort zu verpachten.
Angebote sind an die unterzeichnete Verwaltung, Friedrichstraße 19, 2, zu richten.

Wiesbaden, 16. April 1932. F603

Der Magistrat, Verwaltung für Landwirtschaft usw.

PALAST W. 4, 6.15, 8.30 S. 3, 5, 7, 9.

Der Film der großen Sensationen

Helden der Luft

Wochentags bis 5 Uhr nachmittags Einheitspreis 75 Pf.

Buntes Kreuzband in wenigen Stunden

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei Wiesbadener Tagblatt

Metropole
Wilhelmstraße 10

Jeden Samstag, Jeden Sonntag 8½ Uhr **Tanz-Reunion**

Weinklause: Spezial-Ausschank der hervorragenden Original-Gewächse d. Pr. Domäne.

Shetland eben sehr beliebt, für Damen und Herren. Kleine Burgstraße 1 bei Denninghoff im ersten Stock

Auto-Fahrten Autoruf 21127, Kirchg. 50.

Karten- und Handlesekunst Frau **Boß**, Schiersteiner Straße 26, 2. l. Nur Damen.

Ihr Balkon

Ihre Veranda verlangen neuen Blumenschmuck.

Sie brauchen dazu:
Blumenkästen in jeder Länge, grün und grau lackiert
Blumentopf-Untersetzer für alle Topfgrößen
Blumenkellen mit Holzheft . . 0.25
Blumenspaten 0.50
Blumengitter, groß 0.72

L. O. **JUNG** Kirchgasse 47 817



Gartengeräte
Drahtgeflechte Stacheldrähte
Frorath
Kirchgasse 24. 2712

1/8 Los nur RM. 5.–

Zur neuen verbesserten Klassenlotterie bei **10. Kronthaler** Bahnhofstraße 8, Fernsprecher 22467
Ziehung 1. Klasse: 22./23. April. 2160

Maßulatur zu haben im Tagbl.-Verl., Schalterhalle rechts.

Apothekendienst in Wiesbaden
vom 16. bis 22. April.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nachtdienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie Mittagsdienst von 1¼—2¾ Uhr. **Der Nachtdienst beginnt Samstags oder am Vortage des gesetzlichen Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 M. für jede Inanspruchnahme erhoben.**

Adler-Apotheke, Kirchgasse 40. Fernsprecher 27412
Bahnhofs-Apotheke, Nikolasstr. 21. Fernspr. 29166
Bismarck-Apotheke, Bismarckring 29. Fernspr. 26357
Taunus-Apotheke, Taunusstraße 20. Fernspr. 26366

Apothekendienst in W.-Biebrich.
Sonntag, 17. April 1932.

Rosen-Apotheke, Str. der Republik 18. Fernspr. 61466



Adolf Schmidt
Elly Schmidt
geb. Velte
Vermählte

Wiesbaden *Mittelheimer Str 8*
16. April 1932
Trauung: 2½ Uhr Bergkirche

3608

Alles um Rauschgift.

Das Erlebnis eines deutschen Arztes in Ostasien.

Von Heinz Adrian.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das kann kein Zufall sein!

Aber immerhin, die freundlichen „Grüße an —" schienen immer gerade an Pechvögel gerichtet zu sein. Bailey verschwunden, Johnstone ertrunken, van Leuwen ermordet. Wie ein Blitz durchzuckte mich der Gedanke, das kann kein Zufall sein! In meinem Kopf formten sich Kombinationen, die zu einem geradezu unheimlichen Verdachte führten, sodaß ich mich selbst oft für einen närrischen Phantasten hielt. Aber wenn ich mich an die Drohungen erinnerte, die Ery an jenem Abend dem Millionär ins Gesicht geschleudert hatte, wenn ich mir weiter überlegte, daß auch diese beiden, Bailey und Johnstone, sich bei den Behörden verdächtig gemacht hatten, so formte sich in mir immer fester der Gedanke: Diese Menschen waren beseitigt worden, weil man Verrat fürchtete. Demnach hätte also die unglückliche Ery mit ihren Drohungen sich selber das Todesurteil gesprochen. Dann aber konnte kein anderer als McGee der Mörder sein! So naheliegend diese Vermutung auf Grund aller gemachten Beobachtungen ja direkt sein mußte, so konnte ich diese Ungeheuerlichkeit einfach nicht lesen oder glauben.

Der Doktor unterbrach seine Erzählung und rief den Steward, der bereits wieder schläfrig nickend hinter der Bar saß, um noch eine Flasche zu bestellen. „Es ist zwar schon spät", meinte er, „aber ich will nun endlich mit meinem Bericht zu Ende kommen."

Nachdem der Steward serviert hatte, fuhr der Doktor fort: „Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen ausführlich jede Einzelheit berichten wollte. In langwieriger und mühseligster Arbeit trugen Hella und ich Material zusammen.

Eines Tages, als ich mich mit Hella verabredet hatte, erschien sie nicht. Da sie sonst sehr pünktlich war — und ich bereits eine Stunde gewartet hatte — fühlte ich mich beunruhigt. Auf telephonischen Anruf im Büro erfuhr ich, daß sie bereits fort sei. So begab ich mich in ihre Pension. Aber auch ihre Wirtin — eine gemütliche dicke Holländerin — konnte mir keinen Bescheid geben. Wo sollte ich suchen? Mir blieb nichts übrig als zu warten. Gewiß, es konnten vielerlei harmlose Gründe sein, die sie abhielten! Aber Sie dürfen nicht vergessen, in welchem Zustand meine Nerven durch dieses ständige Mißtrauen waren. Keiner wußte ja so wie ich, in welcher schrecklichen und gefährlichen Gesellschaft das Mädchen lebte und arbeitete! Zwei Stunden waren schon vergangen. Ich quälte mich mit den furchtbarsten Selbstvorwürfen. Wenn Hella etwas passiert wäre, nur ich wäre schuld! Da endlich kam sie! Alle Angst entlud sich in dem Glück, sie wiederzusehen. „Hella! Hella!" schrie ich, und dann — — ja!" Der Doktor lachte. „Dann merkten wir nur, daß wir uns ganz fest umschlungen hielten und küßten! Wie das eigentlich gekommen war, wußten wir nachher beide nicht mehr. Aber daß wir uns liebten, das wußte wir nun genau.

Als ich dem Doktor leise schmunzelnd zutrank, lachte er: „Nun, ausführliche Einzelheiten lasse ich hier selbstverständlich erst recht fort! Hellas Unpünktlichkeit klärte sich auf. Für McGee war ein dringendes Telegramm eingetroffen, das er schon erwartet hatte. Da er im Büro hinterlassen hatte, man solle ihm das Telegramm auf die Jacht Peter Hargraves, der als reicher Amerikaner galt, nachbringen, mußte Hella mit einem Motorboot erst zu dem weit draußen im Hafen liegenden Schiff fahren. Später erfuhren wir dann, daß dieses Schiff McGee selbst gehörte, und der angebliche Besitzer nur als Strohmann und Werkzeug fungierte. Mit diesem Schiff, das offiziell als Luxusjacht des reichen Amerikaners Hargrave gilt, betreibt er den Rauschgiftschmuggel in noch nie dagewesenem Ausmaß.

„Und nun", sagte der Doktor mit einem Stoßseufzer, „komme ich gleich zu dem Punkt, wo meine Geschichte in unsere gemeinsam gemachten schrecklichen Erlebnisse in Dairen mündet, wie sie weitergehen wird —?" Er zuckte die Achseln.

„Wir — das heißt, Hella und ich — waren unserem Café auf dem Bund mit der herrlichen Hafenaussicht, in dem wir unseren ersten Tee getrunken hatten, treu geblieben. So saß ich wieder eines Tages dort und erwartete sie. Schon als sie zur Tür hereinkam, sah ich, daß etwas Ungewöhnliches vorgefallen sein mußte. Sie war bleich, und als sie am Tisch saß, konnte sie zuerst vor Aufregung kaum sprechen.

Zu spät!

„Fred!" stieß sie endlich hervor. „Auf seiner Liste hab' ich gesehen — da stan —!"

Sie konnte kaum weiter sprechen. Ich goß ihr Tee ein, und bat sie, erst etwas zu trinken und ruhiger zu werden. Wirklich war sie dann auch etwas erholt.

„Nun, Liebling", fragte ich, indem ich ihre Hand streichelte, „was stand auf der Liste?"

„Grüße an Abington und Nadja!"

„Mein Gott!" stieß ich unwillkürlich hervor. Ich muß gestehen, daß auch mich ein Schauer überlief. „Weißt du, wer sie sind?"

Sie nickte. „Ja, an Abington — Edward Abington in Dairen — hab' ich schon oft Korrespondenz erledigen müssen."

„Und Nadja?"

Sie zuckte die Achseln. „Weiß ich nicht!"

Ich überlegte. Dem Namen nach mußte es eine Russin sein. Hier in Schanghai kannte ich keine dieses Namens. Außerdem wußte ich, daß in Dairen eine große Zahl russischer Mädchen lebte. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde sie also wohl an demselben Platz sein, wo sich Abington, mit dem sie ja auch auf der Liste zusammen genannt war, aufhielt.

Wir überlegten fieberhaft. Was sollten wir tun? Ein Telegramm schicken? Wie sollte man da eine Warnung formulieren, die den Betroffenen die drohende Gefahr klar machte? Schon bei der Aufgabe mußte ja ein derartiges Telegramm Verdacht und Sensation erregen! Und dann, was wußten wir dann?!

Wir hatten ja keine Beweise, man hätte uns ausgelacht! Der Millionär McGee! Lächerlich!

Es war nicht anders zu machen, ich mußte selbst gehen, diesen Abington und diese Nadja aufsuchen. Nur so hatte ich die Möglichkeit, sie zu warnen, ohne mir selbst eine Blöße zu geben. In einigen Stunden ging von Schanghai ein japanischer Dampfer nach Dairen ab. So packte ich die notwendigsten Dinge zusammen und fuhr los. In Dairen, wo ich mich sofort nach der Wohnung Abingtons begab, traf ich ihn nicht an. Jedoch wurde mir gesagt, daß ich ihn aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Tanzpalast der Madame Dobronkoff finden würde. Ebenfalls erfuhr ich, daß dort eine Tänzerin namens Nadja wäre. Daß ich beide dort tatsächlich fand, und daß ich leider zu spät kam, um die grausigen „Grüße" McGee's verhindern zu können, wissen Sie ja selbst. Wir wissen aber nun auch, welche menschliche Bestie hinter der Maske dieses liebenswürdigen Millionärs steckt, und es müßte ja mit dem Teufel zugehen, wenn wir diesem Scheusal nicht bald die wohlverdiente Schlinge um den Hals legen könnten!"

Unsere Flasche war leergetrunken. Der Steward hinter der Bar war eingeschlafen und schnarchte, daß die Gläser klirrten. Auch wir begaben uns zur Ruhe. Ich konnte nicht gleich einschlafen, die Erzählung des Doktors ging mir nicht aus dem Kopf. Lange, lange hörte ich noch das leise summende Wanderlied der Schraube, die sich unermüdlich durch die Wogen fraß. Wie ein urewiges, nie zu Ende gesungenes Lied, tönte mir das brausende Rauschen des Wassers.

Eine großzügige Organisation.

Die paar kurzen Reisetage bis Schanghai vergingen schnell. Doktor Falk war ein guter Gesellschafter, ein Mensch, der immer etwas Kluges oder Interessantes zu sagen wußte. Selbstverständlich drehte sich unsere Unterhaltung immer wieder um McGee und auch um diesen verderblichen Rauschgiftschmuggel, der schon so viele Existenzen ins Elend gestoßen hatte.

„Wie ist es nur möglich", fragte ich den Doktor, „daß dieser McGee so lange unentdeckt sein dunkles Handwerk ausüben kann?"

„Das sieht wunderbarer aus, als es in Wirklichkeit ist!" meinte Falk achselzuckend. „Gerade weil dieser Mann Millionär ist und diese hochgeachtete Stellung einnimmt, kommt ja kein Mensch auf den Gedanken, in ihm einen Schwerverbrecher und das Haupt einer großzügigen Schmuggelerorganisation zu vermuten. Außerdem dürfen Sie nicht vergessen, daß er persönlich sich nie beteiligt, sondern alles nur finanziert. Für die Ausführung seiner schmutzigen Arbeit hat er seine Werkzeuge. Und selbst die arbeiten noch erst durch untergeordnete Instanzen. Die wenigen Leute, die wirklich persönlich mit ihm in Berührung kommen, bezahlt er so glänzend, daß sie so ein bißchen Gefängnis für ihn im Notfalle mit in Kauf nehmen. Und in welcher energischen Weise er sich gegen seine Vertrauten wieder sichert, haben wir ja erlebt. Genau so weitsichtig wie er seine Schmuggelbande organisiert hat, muß er auch seine so prompt arbeitende „Mordkommission" aufgezogen haben. Und er selbst sitzt ganz unangetastet da. Weder die kleinen Gauner, die auf Schleichwegen sein Gift verkaufen und dabei vielleicht geschnappt werden, noch die Mordbuben, welche die Schandtaten ausführen, haben eine Ahnung von McGee. Sie kennen nicht einmal die dazwischenstehenden Instanzen bei Namen. Was tut es also, wenn man sie abfängt?" Er lachte. „Auch hier bewahrheitet sich wieder das alte Sprichwort: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen! Und sehen Sie, selbst in den europäischen Großstädten ist es schwer, geschickt arbeitender Rauschgifthändler habhaft zu werden, geschweige denn erst in Schanghai. Wie ich Ihnen ja schon sagte, ist Wien ein Hauptsammelpunkt der internationalen Rauschgifthändler. Was dort über die Grenzen in die benachbarten Länder geschmuggelt wird, ist unbeschreiblich. Und auch dort kommt man an die Hauptschuldigen nicht heran. Nur um Ihnen ein Beispiel zu geben, auf welch' raffinierte Weise die Leute arbeiten:

An einen jungen, harmlosen Mann, der vielleicht nach Berlin oder irgendwohin fährt, tritt ein biederer Herr. Ob der junge Mann nicht so freundlich sein wolle, den Koffer für ihn mitzunehmen und ihn seinem Bruder, Neffen, Freund usw., der auf dem Bahnhof, im Café oder sonstwo wartet, abgeben würde. Meistens wird ein so gutes Trinkgeld, oft sogar das Billett bezahlt, daß so ein junger Mensch natürlich zugreift. Sollte er wirklich noch Fragen stellen, warum der betreffende Herr den Koffer nicht einfach schickt, gibt es immer befriedigende Antworten: Es ist eilig, oder zerbrechliche Sachen darin usw. Meistens jedenfalls geht die Sache ausgezeichnet. Und wird dieser harmlose, junge Mann wirklich an der Grenze geschnappt — nun, bitte! Von wem hat hat er das Gift? In diesem Falle wirklich von dem „großen Unbekannten!"

Der Doktor lachte laut auf. „Und nun stellen Sie sich erst diesen McGee vor, der hundertfach gesichert wie eine Spinne im Netz sitzt! Auch bis jetzt hat noch niemand eine Ahnung, in ihm etwas anderes als das geachtete Finanzgenie zu sehen. Und seien wir doch ehrlich, er würde sein Doppelleben vielleicht ungestört bis zu seinem Tode geführt haben, wenn ich ihm nicht in die Karten geschaut hätte. Und daß dies auch nur durch eine große Verkettung von Umständen und Zufälligkeiten möglich war, haben Sie ja aus meiner Erzählung gehört. Ja, und selbst ich habe noch nicht einmal vollgültige Beweise gegen ihn, sondern nur Kombinationen, die ihre untrügliche Richtigkeit zwar erwiesen haben, aber nicht genügen, einen so mächtigen Mann zu überführen."

(Fortsetzung folgt).

Neues aus aller Welt.

Brutale Rohheit eines Bettlers.

Eine Frau schwer verletzt.

Einen ungeheuerlichen Rohheitsakt verübte ein Bettler im Osten Berlins. Er klingelte an einer Wohnung. Als ihm nicht gleich geöffnet wurde, löste er eine Messingstange von der Treppe, und als die Wohnungsinhaberin, eine 26 Jahre alte Frau Zische, an die Tür kam und durch das Guckloch schaute, stieß der Bettler mit der Stange durch das Guckloch. Der Stoß traf die Frau mit voller Wucht ins Auge. Die gellenden Schmerzensrufe der Frau alarmierten die Hausbewohner. Während einige sich um die Frau bemühten, eilten andere dem Bettler, der inzwischen geflüchtet war, nach. Auf der Straße schlossen sich Passanten und Polizeibeamte den Verfolgern an. Der rohe Patron wurde eingeholt und festgenommen.

Frau Zische wurde sofort in die Charité gebracht. Da der bedauernswerten Frau durch den Stoß mit der Stange auch Glassplitter der Gucklochscheibe ins Auge gedrungen sind, werden die Ärzte das Auge wahrscheinlich entfernen müssen.

Die Fälschungen Kreugers.

Drei Direktoren verhaftet.

Die Stockholmer Blätter wollen aus sicherer Quelle wissen, daß man bei der Untersuchung des Kreuger-Schwindels neue Unregelmäßigkeiten aufgedeckt hat. Kreuger soll nämlich Hypotheken auf Grundstücke in Berlin doppelt beliehen haben. Es soll sich um über 100 Millionen Kronen handeln. Er soll in der Weise vorgegangen sein, daß er Hypothekenpfandbriefe fälschte, um diese dann in verschiedenen Kreditinstituten doppelt zu beleihen. „Svenska Morgenbladet" will aus wohlunterrichteten Kreisen berichten können, daß die falschen italienischen Obligationen, die sich unter den Aktiven der Kreuger und Toll A.-B. befunden haben sollen, wirklich existieren, und daß der angenommene Betrag von 300 Millionen Kronen eher zu niedrig als zu hoch ist. „Dagens Nyheter" schätzt den Betrag auf fast 400 Millionen Kronen. Für die Obligationen soll schwedisches Papier verwendet worden sein, weshalb man annimmt, daß sie in Schweden hergestellt worden sind. Gegen diese Annahme spricht jedoch eine Äußerung des Chefs des schwedischen Lithographietrusts, in der erklärt wird, es gebe eigentlich nur eine Druckerei in Schweden, die diesen Riesenauftrag hätte ausführen können, und in dieser Druckerei seien die Obligationen nicht hergestellt worden.

Spät am Freitagabend trat eine sensationelle Wendung in der Kreuger-Affäre ein. Nach Anzeige von der A.-B. Kreuger und Toll und der Prüfungskommission verhaftete die Kriminalpolizei drei Direktoren, die beschuldigt werden, Kreuger beim Schaffen von fiktivem Einkommen und fiktivem Guthaben behilflich gewesen zu sein.

Der „Teufelsinseln-Millionär" gestorben.

Das seltsamste Forscherleben. — Das Forschungsinstitut der Teufelsinseln. — Ein ungewöhnlicher Mitarbeiter der Akademien Europas.

„Auf den „Teufelsinseln" ist nach französischen Meldungen der seltsamste Sträfling gestorben, der jemals dieses „Eiland des Schreckens" bewohnt hat, nämlich der bekannte Forscher René Gutman, der unter dem Namen „Teufelsinseln-Millionär" bekannt geworden ist. Sein Tod reißt — was bei deportierten Sträflingen gewiß ungewöhnlich genannt werden muß — in das Getriebe der Wissenschaft eine fühlbare Lücke, denn Gutman war gewissermaßen das auswärtige Mitglied zahlreicher europäischer Akademien auf den Teufelsinseln und hatte hier mit Bewilligung der französischen Regierung ein regelrechtes Forschungsinstitut für die seltenen Schmetterlingsarten der Teufelsinseln unterhalten. Gutman, der (wie wir seinerzeit berichteten) wegen eines Eifersuchsmordes verbannt worden war und lebenslänglich auf den Teufelsinseln sich aufhalten mußte, war in seinem Privatberuf Schmetterlingsforscher. Er hatte an der Universität in Paris studiert, als er wegen seines Verbrechens verhaftet und verurteilt wurde. Auf den Teufelsinseln gibt es nun zahlreiche unbekannte Schmetterlingsarten, die wegen ihres ungewöhnlichen Zweckes, dem diese Inseln dienen, nicht erforscht werden konnten. Hier durfte sich kein Privatmann aufhalten und für Forschung war kein Platz vorhanden. Es war ein ungewöhnlicher Zufall, daß ein Forscher hier als Sträfling leben mußte und dadurch die Möglichkeit erhielt, sich mit diesen seltenen Schmetterlingen zu befassen. Er hat häufig in der ersten Zeit Ausflüge machen dürfen, die seinen Forschungen dienten. Dabei fand er zahlreiche, zum Teil unbekannte Schmetterlingsarten, die er durch Vermittelung des Gouverneurs an die Pariser Akademie der Wissenschaften schickte. Hier stellte man fest, daß der seltsame Sträfling der Forschung unschätzbare Dienste zu leisten imstande sei, zumal er nicht nur die Exemplare schickte, sondern auch alle notwendigen Bezeichnungen über Fund, Lebensart usw., die nur ein Gelehrter machen konnte und die für die Forschung unerläßlich notwendig waren. Die Akademie setzte sich darum bei der Regierung dafür ein, daß diesem Manne gestattet wurde, trotz seiner Bestrafung seinen Aufenthalt auf den Teufelsinseln im Dienste der Wissenschaft zu verwerten. Allmählich konnte Gutman, da er von der Regierung Bewegungsfreiheit erhielt, sich hier ein richtiges Forschungsinstitut errichten, zu dessen Aufbau er die großen Geldsummen verwandte, die ihm für seine Schmetterlinge bezahlt wurden. Er schickte seine Funde an die meisten Akademien, und überall wurden sie mit Dank empfangen und hoch bezahlt. So kam es, daß Gutman ein reicher Mann wurde. Er hat zahlreiche neue Schmetterlingsarten entdeckt und erforscht und hätte wohl verdient, daß er den Titel eines Ehrendoktors bekam, wenn nicht sein Verbrechen diese Auszeichnung unmöglich gemacht hätte. Er lebte in seinem Verbannungsort als freier Mann und durfte sogar einmal seinen Urlaub nach Frankreich antreten. Er konnte die ungesunde Luft auf den Teufelsinseln nicht vertragen und starb im Alter von 38 Jahren.

Für mehrere Millionen M. Effekten verschoben. Die Devisenbewirtschaftungsstelle Düsseldorf ist erheblichen Effektenschiebungen auf die Spur gekommen. Hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrage von mehreren Millionen Mark sind in letzter Zeit aus dem Auslande nach Deutschland gebracht und an kleine Bankfirmen des Rheinlandes von Strohmännern veräußert worden, sodaß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogen. Bankenvertreter und einer seiner Strohmänner wurden verhaftet. Ihr Vermögen ist beschlagnahmt worden. Die Ermittlungen erstrecken sich über das ganze Reich bis nach Berlin.

Selbstmordversuch vor dem Schnellrichter. Vor dem Schnellgericht in Hamburg sollte ein 41jähriger Heiratsschwindler abgeurteilt werden. Kurz nach Beginn der Verhandlung zog der Angeklagte ein Rasiermesser aus der Tasche und versuchte sich die Pulsader zu öffnen. Sein Vorhaben konnte verhindert werden. Die Verletzungen des Mannes sind nicht lebensgefährlich.

Verhaftung eines Kautionsschwindlers. Durch die Aufmerksamkeit einiger Stellungsuchender ist in Berlin ein umfangreicher Kautionsschwindel aufgedeckt worden. Ein Hochstapler, der sich Dr. Kallmann nannte und erst kurze Zeit in Berlin weilte, war an Hunderte von Stellungsuchenden herangetreten, um ihnen gegen eine Sicherheitsleistung von je 3000 Mark eine Beschäftigung innerhalb der „Deutschen Krankenversicherung" zu geben. Die Leute erkundigten sich aber und kamen dabei dem Betrug auf die Spur. Der Schwindler wurde in einem Hotel ermittelt und festgenommen. Der angebliche Dr. Kallmann heißt richtig Richard Schwarz und stammt aus Dresden.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Börse und Publikum. — Die deutschen Auslandsanleihen. — Internationaler Warentausch. — Der Treibstoffmarkt. — Billige Hypotheken?

An der Börse finden jetzt wieder amtliche Kursnotierungen statt. Auch das bisherige Kursveröffentlichungsverbot ist aufgehoben worden. Das Publikum kann also wieder, wie es dies früher gewohnt war, täglich in seiner Zeitung die Börsenkurse verfolgen. Die Leser des „Wiesbadener Tagblatt" können bekanntlich bereits nachmittags die (erst kurz vorher festgestellten) Kurse desselben Tages erfahren, so daß sie reichlich Zeit haben, vor der nächsten Börse etwaige Entscheidungen zu treffen. Zu großem Geschäft wird es allerdings in der nächsten Zeit kaum kommen. Wenigstens auf dem Aktienmarkt nicht! Die Behandlung, die die Masse der Aktionäre in den letzten Jahren seitens der Verwaltungen erfahren hat, war nicht dazu angetan, das früher einmal bestandene Vertrauen zu den deutschen Aktiengesellschaften zu erhalten.

Mit Recht spricht man heute von einer Entfremdung zwischen Börse und Publikum und von einer Diskreditierung der Aktie, denn nicht nur die infolge der Wirtschaftskrise in den meisten Fällen gering gewordene Gewinnaussicht, sondern auch die auf die der Verwaltung fernstehenden Aktionäre keine Rücksichten nehmende Konzernpolitik hat selbst den prinzipiellen Anhänger des kapitalistischen Wirtschaftssystems verärgert.

Dazu kommt noch, daß der Kurszettel jedenfalls im Laufe der nächsten Zeit eine Vereinigung von solchen Aktien erfahren muß, wo es sich um nicht restlos sanierte Gesellschaften oder solche mit zu kleinem Markt handelt. Auch besteht immer noch die Forderung, daß sämtliche Effektenumsätze tatsächlich über die Börse geleitet (und nicht, wie es immer mehr geübt wird, bereits vorher kompensiert) werden, damit der Börsenmarkt auch einen den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Umfang erhält.

An dem Markt der festverzinslichen Werte ist die Entwicklung seit dem Sommer des vorigen Jahres natürlich ebenfalls nicht spurlos vorübergegangen.

Hier, wo mit bestimmten Zinseingängen gerechnet werden kann, wird sich jedenfalls in den nächsten Monaten das Hauptinteresse des Publikums konzentrieren. Für den sichere und gutverzinsliche Anlage Suchenden werden 6prozentige Goldpfandbriefe zu ungefähr 70 Prozent und 6prozentige Goldkommunalobligationen zu etwa 50 Prozent einen starken Anreiz bieten, beträgt doch die Rentabilität im ersten Falle 8,6 Prozent und im letzten 12 Prozent, von einem möglichen Kursgewinn ganz abgesehen.

International wurde die Kursbewegung der festverzinslichen Papiere von der vor einem Monat eingesetzten neuen Aktienbaisse, die von Paris und Stockholm ausging, kaum berührt. Eine Sonderbewegung machten jedoch die deutschen Auslandsanleihen durch, die nach kurzer Erholung zu Anfang des Jahres ihre vor jetzt einem Jahre begonnene Abwärtsbewegung fortsetzten. Der neue Kurseinbruch war durch Befürchtungen veranlaßt worden, Deutschland werde ein Auslandsmoratorium in Anspruch nehmen. Dies ist ja inzwischen energisch dementiert worden und die Anstrengungen, die seitens Deutschlands gemacht werden, um den Devisenbedarf zu regeln, wären wirklich sinnlos, wenn man zu dem viel leichteren, aber Vertrauen und Kredit erschütternden Moratorium greifen wollte. Die deutschen Auslandsanleihen konnten auch immerhin einen besseren Kursstand behaupten als Ende 1931.

Während sich im Dezember 1931 auf Grund der gesunkenen Kurse für die deutschen Auslandsanleihen in New York eine durchschnittliche Rentabilität von 25 Prozent ergab, beträgt dieselbe heute nur noch 20 Prozent.

Dabei findet in New York die niedrigste Bewertung der deutschen Auslandsanleihen statt, so daß sich an den übrigen Auslandsbörsen höhere Kurse und entsprechend niedrigere Rentabilität ergeben.

Bereits mehrmals wurde an dieser Stelle auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dem internationalen Handel selbst dort entgegenstellen, wo zwar Bedarf und Abnahmebereitschaft besteht, die notwendigen Devisen aber nicht ohne weiteres vorhanden sind. Von verschiedenen Seiten wurden auch Vorschläge gemacht, die in der Praxis alle darauf hinauskamen, einen direkten Warentausch vorzunehmen, durch den eine Devisenbewegung ganz oder wenigstens zum größten Teil gespart würde. Welche Möglichkeiten sich hier eröffnen, wurde kürzlich von dem türkischen Vertreter auf der Leipziger Messe angedeutet. Inzwischen hat der Gedanke des internationalen Warentausches schon festen Fuß gefaßt. So ist z. B. zwischen der Schweiz und Bulgarien eine handelspolitische Übereinkunft getroffen worden.

Bulgarien ermäßigt den Zoll auf Schweizer Uhren und ist damit einverstanden, daß der Erlös aus den in die Schweiz eingeführten bulgarischen Eiern für die Bezahlung der schweizerischen Ausfuhr nach Bulgarien verwandt wird.

Daraufhin hat die Schweiz das Bulgarien zugestandene Einfuhrkontingent wesentlich erhöht, so daß Bulgarien für seine landwirtschaftlichen Produkte in Zukunft in der Schweiz einen guten Abnehmer haben wird. In Deutschland sind amtliche Schritte dieser Art bisher noch nicht bekannt geworden. Dagegen ist auf private Initiative dieser Tage in Bremen ein Plan entworfen worden, wie mit anderen Ländern Handel getrieben werden kann, ohne die Maßnahmen zu zerstören, die die einzelnen Staaten in zoll- und devisenpolitischer Hinsicht durchgeführt haben. Es soll zu diesem Zweck jetzt eine Gesellschaft für internationalen Warentausch in Bremen (unter der Firma „Internationale Warenclearing G. m. b. H., Bremen") mit einem Kapital von 500 000 RM errichtet werden.

Diese Bremer Gesellschaft soll „Handel ohne Devisen" treiben, eine rein vermittelnde Tätigkeit ausüben, also lediglich als Treuhänderin zwischen den einzelnen Partnern des Tauschgeschäftes auftreten, aber gleichzeitig alle Möglichkeiten in Deutschland und überall sonstwo aufzudecken suchen, die zum Abschluß eines Tauschgeschäftes führen können.

Auf dem deutschen Treibstoffmarkt stehen sich die Interessenten nach wie vor in schärfstem Wettkampf gegenüber. Obwohl der Treibstoffverbrauch besonders wegen der außerordentlichen steuerlichen Belastung des Treibstoffes und des Kraftwagenverkehrs, seit 1930 rückgängig ist, versuchen die einzelnen Lieferantenkonzerne ihren Anteil am Absatz noch zu erhöhen. Zur Zeit entfallen von dem deutschen Treibstoffverbrauch 94¾ Prozent auf große Konzerne, nämlich 21 Prozent auf die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, 20 Prozent auf Shell, 18 Prozent auf BV, 16½ Prozent auf die Russen, 10 Prozent auf Olex und 9 Prozent auf Gasolin. Besonders die Russen — denen es nicht um reguläres Geschäft und angemessene Gewinne geht, sondern lediglich um die Erzielung von Devisen, die für den Fünfjahresplan benötigt werden, — haben mit allen Mitteln versucht, ihren Absatz zu steigern. Durch Preisunterbietungen, die sich weniger an den Pumpen, als vielmehr im Freihausgeschäft mit Händlern und Verbrauchern bemerkbar machen, haben die Russen tatsächlich eine Erhöhung ihres Absatzes erreicht.

Obwohl der Gesamttreibstoffverbrauch in Deutschland von 1,73 Millionen Tonnen in 1930 auf 1,64 Millionen Tonnen in 1931 zurückging, steigerten die Russen ihren Treibstoffabsatz von 0,24 Millionen Tonnen in 1930 auf 0,27 Millionen Tonnen in 1931 und damit ihren Anteil an dem deutschen Gesamtverbrauch von 14 Prozent auf 16½ Prozent.

In den Kreisen der Regierung sollen übrigens Absichten bestehen, die Preise zu erhöhen und die Erlöse aus dem Verkauf russischen Treibstoffes zur Bezahlung der deutschen Lieferungen nach Rußland zu verwenden. Dieses Mittel würde aber kaum zu einem praktischen Erfolg führen, denn, wie berechnet wurde, müßte eine zusätzliche Belastung des deutschen Treibstoffverbrauches um 60 Millionen RM vorgenommen werden, wenn etwa ein Erlös aus dem Verkauf des russischen Treibstoffes von 12 Millionen RM erzielt werden sollte, der gegenüber einer Schuld der Russen für deutsche Lieferungen in Höhe von rund 1¼ Milliarden RM garnichts bedeuten würde.

Eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Bausparkassen, Baurat Weiß-Stuttgart, hat die Bedingungen aller bekannten privaten Bausparkassen durchgerechnet und kommt danach zu folgendem Urteil: „In den Werbedrucksachen der Bausparkassen wird in der Regel die Billigkeit der Darlehenszinsen als ausschlaggebender Vorzug angepriesen. Man muß sich immer wieder wundern, daß eine Vereinigung beliebiger Menschen fertigbringen soll, was ernsthaften gemeinnützigen Unternehmungen nicht möglich ist. Die Aufklärung ist einfach.

Die billigen Hypothekendarlehen sind Bluff, sie beruhen auf Trickrechnungen, unübersichtlichen Darstellungen und finanztechnischen Jonglierkünsten. Es gibt keine private Bausparkasse, die billige Darlehen bieten könnte. Die Darlehen sind unter Berücksichtigung der tatsächlichen Wartezeiten (und der Zinsverluste beim Ansparen!) für die Mehrzahl der Bausparer immer teuer, einerlei ob das Geld angeblich 0 Prozent oder 1 Prozent oder x Prozent jährlich kosten soll.

Wenn einzelne wenige Bausparer bei solchen Kassen ein Vorzugsdarlehen erhalten, so bildet das eine seltene Ausnahme, die sehr oft nur auf Personen zutrifft, die der Leitung nahestehen." Von den vielen Berechnungen, die Baumeister Weiß zur Klarstellung der tatsächlichen Bedingungen angestellt hat, sei von einer das Ergebnis mitgeteilt. Die Bausparkasse gewährt gar keine Zinsen für die Einzahlungen ihrer Bausparer, verspricht ihnen aber dafür Hypothekendarlehen zu nur 1 Prozent Jahreszinsen und einem Verwaltungskostenbeitrag von 0,3 Prozent der Vertragssumme. Wie günstig sieht das für den Laien aus! Und wie verhält es sich in Wirklichkeit? Selbst wenn ein Bausparer sofort nach Beitritt sein Darlehen erhält, muß er tatsächlich 3,1 Prozent bis 4,2 Prozent jährliche Zinsen bezahlen. Wenn er in 10 Jahren, der heute geltenden mittleren Wartezeit, an die Reihe kommt, dann kostet ihn aber das Darlehen bereits 13,7 bis 18,8 Prozent jährlich Zinsen. Und wenn er erst in 20 Jahren, der längsten Wartezeit, sein Darlehen bekommt (was in erster Linie das Schicksal der kleinen, kapitalschwächeren Bausparer sein wird, die zwar treu und brav ihre Pflichtzahlungen erfüllen, aber keine Sonderleistungen machen können), dann hat der Bausparer längst viel mehr eingezahlt, als er überhaupt als Darlehen erhält, sein Verlust beläuft sich auf 50 — 75 Prozent. Das Bausparen bei einer solchen Gesellschaft ist also im Durchschnitt ein teures Geschäft, im ungünstigsten Fall ein direktes Verlustgeschäft!

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Bedeutende Versteigerungen in Rheinhessen.

Die Frühjahrsweinversteigerungen brachten in ihrem weiteren Verlauf mehr oder weniger günstige Ergebnisse. In der Rheinpfalz kann man an der Mittelhaardt mit den Ergebnissen der Naturweinausgebote meist zufrieden sein. Der Kallstadter Winzerverein brachte 30 000 Liter 1931er naturreine Kallstadter Weißweine zum Ausgebot und Zuschlag. Das Fuder erzielte 500—1530 M. Der Durchschnittspreis von 680 M. ist um rund 100 M. höher wie der des Februar-Angebotes. Günstig schloß auch die Ungsteiner Winzergenossenschaft mit ihrem Ausgebot von 35 000 Liter 1931er Ungsteiner Naturweißweinen ab, die zu 490 bis 980 M. je Fuder glatt abgingen. Ebenso wurde auch vom Dr. Deinhardschen Weingut in Deidesheim das gesamte Ausgebot von 16 Halbstück und 9000 Flaschen Forster, Wachenheimer und Ruppertsberger Naturweine zugeschlagen. Dabei kosteten die 1000 Liter 1930er 760—1500 M., die Flasche 1929er 1.40—3.10 M. Von 50 Nummern Deidesheimer, Forster und Ruppertsberger Natur-Weißweinen der Winzergenossenschaft Deidesheim gingen 12, vorwiegend 1929er, zurück. Es erzielten die 1000 Liter 1931er 600—700, 1930er 550 bis 860 M., die Flasche 1929er 1.20 und 1.30 M. Einen zufriedenstellenden Verlauf nahm auch die Versteigerung Zellerthaler Gewächse durch die Zellerthaler Winzervereinigung. Die ausgebotenen 53 Fuder Albisheimer, Kirchheimbolander, Mölsheimer, Harxheimer, Zeller, Wachenheimer, Niefernheimer und Gauersheimer gingen mit wenigen Ausnahmen in anderen Besitz über. Gegenüber dem März-Ausgebot der gleichen Vereinigung haben sich die Preise nicht verändert.

Stärker beginnt sich jetzt auch das rheinhessische Gebiet mit seinen Weinversteigerungen in den Vordergrund zu schieben. Augenblicklich ist die Binger Weinwoche im Gang, in deren Verlauf insgesamt 33 Halbstück 1931er, 172 Halb-, 4 Viertelstück und 400 Flaschen 1930er sowie 5 Halbstück 1929er Weißweine ausgeboten werden. Am ersten Tag wurden bei befriedigendem Geschäft 68 Nummern Binger und Bingen-Rüdesheimer versteigert, die sämtlich abgingen. Es wurden 250—400 M. pro Halbstück erzielt. Besonderes Interesse fanden die drei Nummern naturreiner unvergorener Traubenmost, die das Halbstück 260—310 M. erbrachten. Am zweiten Tag war das Geschäft schleppender und von den 55 Nummern fanden 16 keinen Zuschlag, weil die Gebote zu gering waren. Die Stadt Mainz versteigerte mit gutem Erfolg 84 Nummern Mainzer, Harxheimer und Ebersheimer Naturweine. Bis auf 4 Nummer 1929er ging alles zu annehmbaren Preisen ab. Besonders stark begehrt waren die Jungweine. 40 Halbstück 1931er erzielten 190—240, 16 Halbstück 1930er 200—240, 24 Halbstück 1929er 280—420 M. Die Naturweinversteigerung der Stadt Alzey dagegen nahm einen schlechten Ausgang. Sie wurde bei mäßiger Kauflust frühzeitig abgebrochen. Von den zur Versteigerung angesetzten 37 Halbstück 1931er Sybillensteiner wurden nur einige Halbstück zu 180—250 M. zugeschlagen. Im rheinhessischen freihändigen Weingeschäft geht es immer noch lebhaft zu. So wurden u. a. verkauft 70 Stück 1931er in Harxheimer zu durchschnittlich 420 M. die 1200 Liter, 10 Stück 1931er verbessert in Nackenheim zu je 400—430 M., 1931er verbessert in Oppenheim zu 480 M., und in Weinolsheim 1931er verbessert zu 360—380 M.

An der Nahe kann der Weinumsatz als befriedigend bezeichnet werden. — Im Rheingau wurden bei der Versteigerung naturreiner Erbacher durch die Winzervereinigung Erbach für 37 Halbstück 1931er je 200—310 M. bezahlt. Unter den zurückgezogenen 7 Fässern befanden sich 2 Nummern 1928er und 1929er. Das freihändige Weingeschäft ist unverändert ruhig

---

Die Lage des Einzelhandels.

Erhebliches Nachlassen der Umsatzmengen.

Gerade in diesen Tagen, wo die größten Anstrengungen gemacht werden, die Wirtschaft zu beleben, ist es von besonderem Interesse, sich einmal ein Bild über die Lage des Einzelhandels zu machen. Dabei muß man leider feststellen, daß selbst in den Gütern des lebensnotwendigen Bedarfs die Umsatzmengen, die sich im bisherigen Konjunkturverlauf im Gegensatz zu den Umsatzwerten als verhältnismäßig widerstandsfähig erwiesen hatten, während der letzten Monate beträchtlich nachließen.

Man kann also auch hier die starken Auswirkungen der Einkommensschrumpfung feststellen. So waren bereits im Dezember v. J. die Umsatzwerte in fast allen Zweigen des Einzelhandels gegenüber dem Vorjahr stärker zurückgegangen als in den vorangegangenen zwei Monaten und zwar beim Einzelhandel insgesamt im Dezember um 19 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres und in den Monaten Oktober bis November 1931 um 10 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im einzelnen ist der Umsatz bei den Lebensmitteln in entsprechenden Zeitraum um 16,9 Proz. bezw. 13,4 Proz. bei Bekleidung und Textilien um 22,2 Prozent bezw. 11 Prozent, bei Hausrat und Wohnbedarf um 14,3 Prozent bezw. 10,1 Prozent zurückgegangen. Man darf annehmen, daß auch im ersten Quartal des neuen Jahres der Rückgang angehalten hat, wenn auch im Ausverkaufsmonat eine gewisse Verschiebung eingetreten sein dürfte. Das gilt insbesondere für den Textileinzelhandel, wo die Einkäufe bei den Gehalts- und Lohnempfängern gerade für diesen Zeitpunkt des Ausverkaufs aufgespart worden sind. Geht man von diesen Tatsachen aus, so wird man feststellen müssen, daß auch der Einzelhandel an der Wirtschaftsbelebung in allererster Linie interessiert ist. Dabei muß man aber anerkennen, daß der Umfang der Preissenkung im Einzelhandel ganz erheblich war, so daß von dieser Seite her wohl alles getan wurde, um die Preisschere zusammenzudrücken. Wenn man nun bei der kommenden Arbeitsbeschaffung das Hauptinteresse auf den Binnenmarkt legt, so wird man fraglos damit rechnen können, daß auf Wege der Arbeitsbeschaffung der Einzelhandel gewisse Vorteile erreichen kann. Trotzdem wird damit die Krise noch nicht beseitigt sein, die sich gerade in den letzten Monaten im Einzelhandel breitmachte. Denn man darf dabei nicht vergessen, daß die Deflationspolitik zu allererst den Einzelhandel traf, wenn auch die lebensnotwendigen Güter nach wie vor gekauft werden müssen, da sie gewissermaßen zur nackten Existenz gehören. Der auffallend starke Rückgang im Lebensmittelhandel zeigt jedenfalls, daß sicher hier gespart wird, wo man es am allerwenigsten erwartet hätte.

In welchem Umfange der Einzelhandel dabei selbst mitwirken kann, die Geschäftsbelebung herbeizuführen, läßt sich noch nicht überblicken. Er muß selbstverständlich überall die notwendige Berücksichtigung finden, doch wäre es verfehlt, wollte man, wie es vielfach gefordert wird, von den freien Wirtschaftsgrundsätzen abgehen und ein gewisses System der Privilege aufbauen. Die Führer der Handelsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben vielmehr die Aufgabe, in ihrem Kampfe um die Erhaltung des Einzelhandels, nichts unversucht zu lassen, damit die freie Wirtschaft, die Hauptstütze des Kaufmannsberufes, in jeder Beziehung gesichert bleibt.

---

* **AG. Buderussche Eisenwerke, Wetzlar.** Der in der Aufsichtsrats-Sitzung vorgelegte Rechnungsabschluß für 1931 schließt mit einem Rohgewinn von 1 063 731 M. ab, der fast ganz für Abschreibungen verwendet werden soll, so daß der Reingewinn 18 684 M. beträgt. (Im Vorjahre wurden 1 550 720 M. Abschreibungen ein Reingewinn von 780 391 M., woraus 4 Proz. nach 6 Proz. Dividende gezahlt wurden.) Auf 300 000 M. Vorzugsaktien sollen satzungsgemäß 5 Proz. Dividende verteilt werden, während das Stammkapital, wie angekündigt, dividendenlos bleibt.

* **Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft in Winterthur.** Die Krisis, die seit langer Zeit auf dem Wirtschaftsleben der ganzen Welt lastet, hat sich, wie wir dem 56. Jahresbericht der Gesellschaft entnehmen, auf das internationales Geschäft ausgewirkt. Die Prämieneinnahme ging von 72 440 920 Schweizer Franken in 1930 auf 69 192 Schweizer Franken in 1931 zurück. Der Verlauf des Geschäfts war wiederum günstig. Allerdings kam es der Gesellschaft zustatten, daß sie die Wertpapiere in den Neujahrbilanzen sehr vorsichtig bewertet und sie erheblich unter dem offiziellen Börsenkurs eingesetzt hatte, so daß sie trotz der vorzunehmenden Abschreibungen für das abgelaufene Geschäftsjahr die gleiche Dividende von 123.72 Schweizer Franken pro Aktie auswerfen kann wie im Vorjahr. Über das deutsche Geschäft wird berichtet, daß infolge der äußerst trüben wirtschaftlichen Verhältnisse das Neugeschäft die Höhe des Vorjahres nicht erreichte und im bestehenden Geschäft der Prämieneingang zum Teil schleppend war. Trotzdem ergab sich beim deutschen Geschäft ein bescheidener Gewinn.